

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 37.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 13. September 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Hyänen des Schlachtfeldes!

II.

Nach an den durch die Bewegung erzielten Erfolgen haben unsere roten Kritiker allerhand auszufinden. Die bewilligten Nebenforderungen sollen ganz bedeutungslos sein. Dabei hat ein „deutsches“ Ausschussmitglied in einer Sitzung am 18. Juli ausdrücklich betont: **Gerade die Nebenforderungen seien für Wocholt von der größten Bedeutung. Er wolle ihnen eine größere Bedeutung zu wie der Lohnfrage.**

Ueber letztere enthält das sozialdemokratische Flugblatt folgende demagogische Sätze:

„Die 15prozentige Lohnerhöhung wird nicht erkämpft, so wollen es die christlichen Führer. Eine generelle Lohnerhöhung wird nicht eingeführt, so bestimmen es die christlichen Führer mit den Fabrikanten. Nur wo die Löhne zu niedrig sind, werden sie erhöht — so wollen es die christlichen Strategen.“

Ueber die

gemeine Verleumdung

unserer Führer, die in diesen Sätzen enthalten ist, gehen wir zur Tagesordnung über. Sie prallt ab an dem ehrlichen Pflichtbewußtsein, das die ersten auch gelegentlich der Wocholter Bewegung an den Tag gelegt haben. Aber wir wollen den Spieß mal umdrehen und den demagogischen Kniff unserer roten „Brüder“ auf die von ihnen im Jahre 1908 geführte Bewegung der Wirkwarenarbeiter im Erzgebirge anwenden. Das ergibt folgendes hübsche Bild:

Die Wirkwarenarbeiter mußten die von den Unternehmern reduzierten, ohnehin schon erbärmlichen Löhne „für längere Zeit als Maximalhöhe“ anerkennen, so wollten es die roten Führer. Die Arbeiter mußten sich ferner mit einer eventuellen späteren zweiten Lohnreduktion einverstanden erklären, so bestimmten es die roten Führer mit den Fabrikanten. Auf Grund dieser Abmachung reduzierten die Unternehmer einige Monate später die Löhne tatsächlich nochmals um 15 Prozent, die Arbeiter hatten das ruhig hinzunehmen, so wollten es die roten Strategen.

Soffentlich leuchtet es unsern „Brüthern“ von der andern Couleur endlich mal ein, daß sie auch bei Anwendung von obenerwähntem demagogischen Kniff doch stets den Kürzeren ziehen.

Uebrigens — wie kann man den christlichen Führern in einem Atemzug vorwerfen, sie hätten den Kampf trotz ungenügender Organisationsverhältnisse aufgenommen und im andern von ihnen verlangen, daß sie trotz dieser Organisationsverhältnisse den Kampf ins Ungemessene weiter führen sollten? Das vermögen nur die Allerweltstrategen des „deutschen“ Verbandes. Wäre es denen wirklich um eine objektive Kritik und nicht um eine

gewissenlose Hehe

zu tun, dann würden sie wenigstens das Endergebnis der jetzt begonnenen Verhandlungen über die Lohnfrage abwarten. Ihr Vorgehen beweist zur Genüge, daß ihr Streben dahin geht, durch eine Vergewaltigung der Tatsachen die Bewegung zu einer Niederlage unseres Verbandes zu stampeln. Um dieses Ziel zu erreichen, ist dem „Klassenbewußten“ Organ des sozialdemokratischen Verbandes sogar ein Scharfmacherorgan wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ als Kronzeuge noch gut genug. Traurig, aber wahr.

Das rote F—lugblatt paradiert dann vor allem auch mit der Behauptung, wir hätten in der Lohnfrage die Arbeiter der Fabrikantenvereinigung ausgeliefert. Warum? Weil diese die Entscheidung zu treffen hat, wenn bis zum 15. Oktober eine Verständigung zwischen den Arbeiterausschüssen und den einzelnen Firmen nicht erzielt wird. Vor der Entscheidung müssen die beiden Parteien, Arbeiterausschuß und Firma, gehört werden. Die Arbeiter akzeptierten diesen Vorschlag aus folgenden Gründen: Sowohl die von den Arbeitern, wie auch die von der Fabrikantenvereinigung veranstalteten Erhebungen über die Lohnverhältnisse ergaben bei den einzelnen Firmen

wesentliche Unterschiede in der Entlohnung ein und derselben Warengattungen. Da Reduzierungen von Akkordlöhnen laut Vereinbarung nicht statthaft, die Arbeitgeber im Gegenteil gehalten sind, die zu niedrigen Sätze zu erhöhen, wird die Fabrikantenvereinigung schon aus Konkurrenzgründen vor allem die schlechtlohnenden Firmen zu einer Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse anhalten. Uebrigens enthält die getroffene Vereinbarung nirgends die Bestimmung, daß die Entscheidungen der Fabrikanten für die Arbeiter unbedingt bindend sind.

Endlich müssen wir uns noch etwas mit der geradezu

jämmerlichen Rolle

befassen, die die sozialdemokratischen Arbeiterausschußmitglieder, offenbar im Auftrag ihrer Verbandsleitung, während der Bewegung gespielt haben. Demen war es augenscheinlich weniger um positive Mitarbeit als darum zu tun, die späteren Stärkereien vorzubereiten, Redewendungen auszuschneffeln, die sich nach der Bewegung mit etwas demagogischer Raffinesse gegen den christlichen Verband und dessen Leitung ausschlagen ließen. Kein Wort haben diese „Helden“ während der Bewegung gegen die von unserm Verband eingeschlagene Taktik einzuwenden gewußt. Sie hatten auch im entscheidenden Moment gegen den Abbruch des Kampfes unter den von uns bekannt gegebenen Bedingungen nicht widersprochen. Ausdrücklich frag der Leiter der die Beendigung des Kampfes beschließenden Arbeiterausschußsitzung, wer gegen die Annahme der Friedensbedingungen sei; kein Mensch erhob sich. Der Vorsitzende frag weiter, ob sich jemand der Abstimmung enthalten habe; wiederum meldete sich niemand. Darauf konstatierte er mit Recht die einstimmige Annahme. Nachträglich kommen diese „Helden“ mit der jämmerlichen Ausrede, sie hätten sich passiv verhalten, weil wir uns geweigert hätten, einen Vertreter ihrer Organisation zuzulassen. Sie selbst scheinen sich also nicht als Vertreter ihrer Organisation zu betrachten! Jeder muß ja selbst am besten wissen, wie er sich einzuschätzen hat.

Unsere Mitglieder gaben den roten Herrschaften die richtige Antwort durch die einstimmig beschlossene Absendung des folgenden, an den Vorsitzenden der Ortsgruppe des sozialdemokratischen Verbandes gerichteten Schreibens:

„Im Auftrage des Vorstandes unserer Ortsgruppe habe ich Ihnen nach Rücksprache mit der Bezirksleitung unseres Verbandes folgendes mitzuteilen:

Wegen des Verhaltens des deutschen Textilarbeiterverbandes, besonders jetzt nach der Aussperrung, und wegen des Mißbrauchs und der entstellten Wiedergabe der Äußerungen unserer Führer wird kein Mitglied des deutschen Verbandes mehr zu den Versammlungen (Fabrikversammlungen, Versammlungen der Ausschüsse), welche durch unseren Verband einberufen werden, zugelassen.

Soweit das Interesse der Arbeiterschaft es erfordert, wird unsererseits die Verbandsleitung Mittel und Wege finden, Ihnen Mitteilung von eventl. Maßnahmen, die unsererseits beabsichtigt werden, zukommen zu lassen.“

Unterzeichnet ist das Schreiben von dem Geschäftsführer unserer Ortsgruppe, dem Kollegen Heeke. Dieser Beschluß ist berechtigt. Sozialdemokratische Arbeiterausschußmitglieder, die nur darauf ausgehen, Material zur Verdächtigung der gegnerischen Organisation zu sammeln, haben das Recht verweigert, auch fernerhin noch zu den Versammlungen und Sitzungen zugelassen zu werden.

Damit können wir unsere roten „Brüder“ verlassen. Falls diese auf der Arbeitsstelle oder bei sonstigen Gelegenheiten mit ihren wahrheitswidrigen Verdächtigungen operieren, bitten wir unsere Kollegen und Kolleginnen, ihnen das in unserer Broschüre „Note Streiktaktik“ befindliche ausgiebige Material über die Bewegungen des sozialdemokratischen Verbandes recht kräftig um die Ohren zu schlagen. Das wird genügen, um die roten Herrschaften zum Schweigen zu bringen.

Von der englischen Textilarbeiterbewegung.

Waren wir es früher gewohnt, nach England als dem klassischen Lande der Gewerkschaftsbewegung zu schauen, so wurden in den letzten Jahren mehr und mehr Stimmen laut, nach denen man auf einen gänzlichen Verfall der ehemals so hochstehenden englischen Gewerkschaften für eine nahe Zukunft hätte schließen müssen. Es kann hier nicht darauf ankommen, im einzelnen den Erscheinungen nachzugehen, welche zu dem unschriebenen Urteil geführt haben. Vielleicht aber kann man zusammenfassend sagen, daß es Teile der englischen Gewerkschaftsbewegung gibt, die von der ehemaligen Vorbildlichkeit des englischen Gewerkschaftswesens nichts aufweisen. Das kann uns aber andererseits nicht hindern, darauf aufmerksam zu machen, daß doch auch heute noch große Teile dieser selben Bewegung gewerkschaftlich auf einer Höhe stehen, zu der wir in Deutschland mit staunender Bewunderung emporsehen. Und insbesondere trifft das für einzelne Teile der Textilindustrie zu. Es böte einen eigenen Reiz, gegenüberzustellen, was für eine Haltung auf Grund ihrer bisherigen Praxis die englischen Textilarbeiter in Bewegungen von der Art derjenigen angenommen haben würden, die wir in diesem Jahre in Krefeld durchzuführen hatten. Um wenigstens ein annäherndes Bild zu geben, weisen wir auf einzelne Vorkommnisse und Auseinandersetzungen der letzten Zeit in England hin, weil das unseres Erachtens für die deutschen Textilarbeiter nur von Nutzen sein kann. Sie mögen daraus entnehmen, in welcher Richtung das Arbeiterinteresse am besten und wirksamsten wahrgenommen werden kann: in der Richtung der Alles- oder Nichts-politik der Sozialisten oder aber in der vermittelnden und mit dem Erreichbaren rechnenden Stellungnahme unseres Verbandes.

Seit einigen Monaten haben sich die Arbeiter in den Baumwollspinnereien des Bezirkes Lancashire nach und nach von dem „Brooklands Agreement“ zurückgezogen, d. h. also jener aus dem Jahre 1893 stammenden Vereinbarung mit ihren Arbeitgebern über die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den beiden am Arbeitsvertrag beteiligten Parteien. Was diese Vereinbarung im einzelnen besagt, möge nachgelesen werden in unserer Broschüre: „Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiterorganisationen“ Seite 156. Die Vereinbarung ist, wie auch in der betr. Broschüre bereits bemerkt ist, im Laufe der Jahre um eine Anzahl Zusatzbestimmungen bereichert und damit immer mehr ausgebaut worden. Der letzte Zusatzantrag ist aus dem Jahre 1906 datiert und betrifft die Regelung der schlechten Gespinste („bad spinning“). Dieser letzte Zusatzantrag ist ein Notbehelf gewesen und hat die Differenzen keineswegs völlig aus der Welt schaffen können. Vielmehr ist es gerade auf diesem Gebiete immer wieder erneut zu Streitigkeiten gekommen, wobei die Arbeiter den Unternehmern vorwarfen, daß sie, eben mit Hilfe der ursprünglichen Bestimmungen des „Brooklands Agreement“, die Erledigung der Differenzen hinauszuschieben trachten. Sie verlangten ein Regulativ für die sofortige Erledigung von Fadenbrüchen, eine sogenannte normale Bruchbestimmung („a standard breakage test“), eine Forderung, gegen deren Anerkennung sich die Unternehmer mit Händen und Füßen sträubten.

Es ist nun außerordentlich interessant, in dieser Auseinandersetzung, die sich schon auf viele Monate erstreckt, die Haltung der Arbeiter zu betrachten. Wir können es uns nicht versagen, zur Beleuchtung derselben auf einen Artikel zurückzugreifen, den das Organ der Baumwollspinner, die „Cotton Factory Times“, in seiner Nummer vom 1. August bringt. Der Artikel ist so bezeichnend in seiner ungezügelteren Art für den Geist, der unter der organisierten englischen Textilarbeiterbewegung des genannten Bezirkes herrscht, daß er zur Charakterisierung des gesamten Organisationswesens herangezogen werden kann.

Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß Sir Charles Macara, der Vorsitzende der Unternehmer-Vereinigung in der Baumwollspinnerei, erklärt habe, daß er durchaus nicht an der Herbeiführung einer neuen Vereinbarung mit den Arbeitern in der Richtung des „Brooklands Agreement“ verzweifle. Die Baumwollindustrie, so habe er gemeint, könne eben ohne eine derartige Vereinbarung nicht geregelt werden — eine Auffassung, welche auch das Arbeiter-Organ wiederholt zum Ausdruck gebracht hat. Dieses Organ stellt der Äußerung des Unternehmer-Vorsitzenden solche von Beamten der Gewerkschaft gegenüber, die sich in gleichem Sinne bewegen, indessen die Bedingung aufstellen, daß man das Vorschlagsrecht nicht allein den Unternehmern überlassen dürfe. „Beide Seiten also“, so fährt das Gewerkschaftsorgan fort, „sind bereit und gewillt, einen Vorstoß in der Richtung auf Herbeiführung einer Vereinbarung zur Regelung des Gewerbes zu machen. Das wird allerdings eine schwierige Aufgabe sein und setzt den ernststen Willen auf beiden Seiten voraus, die Sache bis zu einem geistlichen Ende durchzuführen. Jede Partei kennt die starken und schwachen Punkte in einer derartigen Vereinbarung. . . . Immerhin, wenn die richtigen Vertreter bestimmt werden, dann dürfte wohl eine Vereinbarung zustande kommen, die dem Gewerbe als einer Gesamtheit zunutze kommen wird.“ Der Artikel geht nun zu den einzelnen technischen Fragen über, die zunächst für die Einleitung der Verhandlungen zu erledigen sind. Er erinnert daran, daß neben der Unternehmer-Organisation noch drei Arbeiter-Organisationen in Betracht kommen und zwar diejenigen der Spinner, der Wollkämmer und der Spuler. Infolgedessen müßte es auch zunächst zu einer Aussprache unter den Vertretern dieser vier Organisationen kommen. Das Blatt schlägt zu diesem Zwecke eine große Konferenz dieser Vertreter vor, auf der man sich vor allen Dingen einmal gründlich aussprechen und so die Stellung der Gegenseite kennen lernen könne. Danach müßte ein gemeinsamer Ausschuß versuchen, der Sache auf den Grund zu gehen, ohne daß man wegen jeder Stockung in den Verhandlungen nun auch gleich wieder diese abbrechen sollte. Vielmehr sollte jede Frage von größerer Schwierigkeit erneut an die Ausschüsse der einzelnen Verbände zur Prüfung und zum gegenseitigen Meinungsaustausch eingesandt werden. Inzwischen könnte man solche besonders schwierigen Fragen ruhen lassen und zu anderen Einzelfragen übergehen.

Danach bringt das Gewerkschaftsorgan den folgenden bezeichnenden und überaus charakteristischen Vorschlag: Weil das Vorgehen und die Art der Auseinandersetzung in den mehrfach erwähnten Konferenzen von ausschlaggebender Bedeutung wäre, darum käme alles auf die Wahl eines heiden Parteien zuzugewandten und ihren beiderseitigen Interessen abwägenden Vorsitzenden an. Als ein solcher Vorsitzender aber erscheint dem Gewerkschaftsorgan Mr. Thomas Ashton, der Veteran der Gewerkschaftsbeamten. Die Unternehmer, so heißt es, haben oft genug öffentlich und in privater Unterredung ihr volles Vertrauen wegen seines Bestrebens ausgesprochen, in seinen Verhandlungen mit den Unternehmern sowohl, wie mit den Arbeitern volle Gerechtigkeit walten zu lassen. Ueberdies ist er mit der ganzen Industrie nach jeder Richtung hin vertraut, war bei dem Entwurf des „Brooklands Agreement“ zugegen und hat alle Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung mitgemacht. Warum er gerade für diesen Posten in Vorschlag gebracht wird, das erklärt das Gewerkschaftsorgan sodann auch mit dem Hinweis darauf, daß Ashton demnächst von seiner Stellung zurücktreten und in das Privatleben sich zurückziehen werde. So also würde der rechte Mann an rechten Platz sein, und die Uebertragung des Vorsitzes auf ihn käme der Anerkennung für seine unzweifelhaftige Gerechtigkeit und seine Kenntnis der Dinge gleich. Dieser Charakterisierung des Gewerkschaftsbeamten-Veterans fügt die Zeitung einige allgemeine Bemerkungen über das Verhältnis dieser Beamten zu den Arbeitern bei. Es wird insbesondere nachdrücklich darauf hingewiesen, wie sehr es darauf ankäme, daß auch die Arbeiter selbst sich um Einsicht in das Wirtschaftsleben bemühen, damit sie zu der schwierigen Stellung ihrer Beamten das rechte Verhältnis finden können. Der Schluß klingt wie folgt aus:

So wesentlich es ist, daß der Gewerkschaftsbeamte den Mut der eigenen Meinung hat und ein geschickter Kämpfer ist, so sehr muß er doch auch seine Worte abwägen, wenn er in der Öffentlichkeit spricht. „Durchschlagende Beweise sind viel eher und mehr notwendig als eine anfeuernde Sprache. Die Gewerkschaftsbeamten in der Textilindustrie haben in dieser Beziehung ein gutes Beispiel gegeben. So sind beispielsweise die Fabriken infolge von Meinungsverschiedenheiten über das Spinnen monatelang geschlossen gewesen, ohne daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern zu einer Spannung gekommen wäre. Jede Partei legt eine würdevolle Haltung an den Tag, und es fehlt völlig an einer übertriebenden Sprache und an leidenschaftlichen Vorwürfen. In anderen Gewerben würden während dieser Zeit wahrscheinlich Ausläufe an den Straßenecken stattgefunden haben mit gerichtlichen Nachspielen. Die Unternehmer machen aber auch keine Versuche, die Betriebe wieder aufzunehmen, und so ist das Streikpostenstreben von selbst überflüssig. Alles wird in ruhiger und ordentlicher Weise durchgeführt. Eine solche „Kampfi-

politik“ setzt wahrscheinlich manche Leute in höchste Verwunderung. Natürlich hat es auch jahrelang gedauert, ehe man so weit gekommen ist, und es bedurfte bei beiden Parteien von Seiten der Mitglieder der Opferwilligkeit und vor allen Dingen auch großer Reservehaltung zu stärken, solange die Differenzen bestanden. Das ist ein Beispiel, welches der Nachahmung in allen Organisationen wert ist.“

Man stelle sich einmal vor, welche Rolle die — Hübsch, Kräftig, Rüstel, usw. im Vergleich zu dem mehrfach genannten englischen Textilarbeiterbeamten in der gleichen oder einer ähnlichen Lage spielen würden! Unser Elend in Deutschland auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung kann nicht drastischer beleuchtet werden, als durch solche Gegenüberstellungen. Ebenso aber ist es mit Hilfe eines solchen Vergleichs leicht möglich, festzustellen, wo die Schuld an diesem Elend zu suchen ist. Andererseits ergibt sich von selbst, daß die christliche Textilarbeiterchaft mit ihren Bestrebungen auf dem rechten Wege ist, um bessere Zustände herbeizuführen. Die bedeutendsten englischen Volkswirte sind sich darüber klar, daß ohne das Zusammenarbeiten der Arbeiterchaft mit den Unternehmern auf der Grundlage einer eingehenden Kenntnis des Wirtschaftslebens die englische Textilindustrie niemals jene Erfolge hätte zeitigen können, die sie an die erste Stelle auf dem Weltmarkt gebracht haben. Allerdings, das muß auch mit Nachdruck beteuert werden: Die englischen Unternehmer haben stets gewußt, was sie an den Arbeitern hatten und sich mit ihnen zur Beratung über die Lage zusammen gesetzt. Schließlich beruht ein wirksames Zusammenarbeiten auf der gegenseitigen Achtung der Stellung und des Wertes der anderen Partei. Und als das Mittel solchen Zusammenarbeitens gilt, wie das englische Beispiel darthut, die Organisation.

Die Mitarbeit der Arbeiterinnen in den Krankenkassenorganen.

(Siehe hierzu den Artikel in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“.)

Ist der Wahltermin herangerückt, dann tritt an unsere Kolleginnen die Pflicht heran, der christlichen Biste zum Siege zu verhelfen. Er wird, nach den bisherigen Wahlen zu schließen, nicht überall leichten Kaufes errungen werden. Denn in den meisten Ortskrankenkassen waren bisher Genossen und Genossinnen vertreten; wo sie bisher nicht vertreten waren, werden sie mit Hilfe der Verhältniswahl vielleicht hereinkommen. Man kann deshalb mit Sicherheit darauf rechnen, daß diesmal die Wahlagitatorin mit besonderer Schärfe geführt wird. Da ist es Sache der nichtsozialdemokratischen Versicherten, besonders der weiblichen, mit doppeltem Eifer zu wirken, damit die christliche Liste gewählt wird. Alle Anrempelungen, Verdächtigungen und Verbrechungen, die man sich auf Seiten der Genossinnen leisten wird, müssen an der Einigkeit der christlich denkenden Arbeiterschaft abprallen.

Bei der ganzen besprochenen Angelegenheit, Wahlvorschläge, Agitation und Wahlbeteiligung, taucht vielleicht nun die Frage auf: Was haben denn die Gewählten zu tun? Was für eine Aufgabe haben im Besonderen die gewählten Vertreterinnen? Sie haben die Interessen der Versicherten zu vertreten. Damit ist nicht gesagt, daß von den Vertreterinnen alles abhängt; denn der neu gewählte Krankenkassenausschuß setzt sich wohl stets zum größeren Teile aus männlichen und nur zum kleineren Teile aus weiblichen Mitgliedern zusammen. Aber wo es sich speziell um die weiblichen Versicherten handelt, da werden sich die Vertreterinnen um deren Interessen annehmen können. Wenn das auch nicht gleich so flott gehen will, ist nicht schlimm. Die bisherigen Krankenkassenvertreter haben sich auch alle erst einarbeiten müssen. Und das ist für die weiblichen Vertreter auch nötig. Sicher ist, daß es bald geschehen sein dürfte, schon mit Hilfe der sogenannten Arbeitervertretertag. Dann aber ist es dem weiblichen Ausschußmitglied gut möglich, auf dem sozialen Wirkungsfelde zu arbeiten, zum Wohle der hilfsbedürftigen Mitgeschwestern. Jede Vertreterin wird zweckdienlich die engste Fühlung mit den weiblichen Kassemitgliedern behalten, deren Wünsche und Klagen entgegenzunehmen und an geeigneter Stelle vorbringen. Außerdem muß das Bestreben einer guten Vertretung sein, die Krankenkassen auszubauen, damit die Vorteile und der Nutzen immer reichlicher den Mitgliedern zufließt. Gerade die weiblichen Versicherten, sowie die Frauen überhaupt sind daran interessiert, daß die Kasse nicht nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewährt, sondern auch die zulässigen Mehrleistungen einführt. Solche können gewährt werden betreffend

a) Krankenhilfe. Die Satzung kann die Dauer derselben bis auf ein Jahr erweitern; Fürsorge für Gesehnde (in einem Gesehungsheim) bis zur Dauer eines Jahres nach Ablauf der Krankenhilfe gestatten; Heilmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung nach dem Heilverfahren zubilligen; das Krankengeld auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen und allgemein für Sonn- und Feiertage zubilligen, es schon vom ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit in gewissen Fällen oder allgemein mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes zugehen; das Hausgeld bis zur Höhe des gesetzlichen Krankengeldes erhöhen; Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger und Krankenschwestern gewähren; den in

ein Krankenhaus Verbrachten ein Krankengeld in der Höhe des halben gesetzlichen Betrages zubilligen.

b) Wochenhilfe. Die Satzung kann versicherungspflichtigen Frauen Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, arbeitsunfähigen Schwangeren ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes bis auf sechs Wochen, sowie Hebammendienste und ärztliche Behandlung und ein Stillgeld bis auf zwölf Wochen nach der Niederkunft in Höhe des halben Krankengeldes zubilligen.

c) Sterbegeld. Dasselbe kann bis zum Vierzigfachen des Grundlohnes erhöht und ein Mindestbetrag von 50 M. festgesetzt werden.

d) Eine Familienhilfe kann das Statut zubilligen und zwar: Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder der Versicherten, Wochenhilfe an die Ehefrauen der Versicherten und ein Sterbegeld beim Tode des Ehegatten (zwei Drittel des Mitgliedersterbegeldes) oder eines Kindes eines Versicherten (die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes).

Diese Zugeständnisse kann die Krankenkasse über die Regelleistungen hinaus gewähren, vorausgesetzt, daß die Kasse gut fundiert ist und daß infolgedessen die Ausschußmitglieder der Krankenkasse auf die Neuerungen hinarbeiten. Und hier eröffnet sich die hohe Mission der Vertreterinnen. Hier heißt es eminent soziale Aufgaben lösen im Interesse der weiblichen Versicherten. Niemand wird verlangen, daß alles auf einmal angestrebt und verwirklicht werden soll. Aber die weiblichen Versicherten werden vertrauensvoll ihre vorbringslichsten Wünsche in die Hände „ihrer“ Vertreterinnen legen.

Wohlan denn, auf an die Arbeit! Vorbereitung und Durchführung der Krankenkassenwahlen harren unserer Mitwirkung. Um wir unser Möglichstes an allen Orten! Dann erst können wir mit Recht erwarten, daß auch unseren Wünschen willfahren wird. F. H.

Arbeitgeberverbände.

Man schreibt uns aus Mitgliederkreisen: „Solange die Arbeiterberufsverbände noch so schwach waren, um auf das Arbeitsverhältnis mitbestimmend einzuwirken, legten die Unternehmer keinen besonderen Wert darauf, den Verbänden der Gewerkschaften ihrerseits ähnliche Vereinigungen entgegenzusetzen. Es hat sogar eine Zeit gegeben, in der man die Arbeitgeberverbände für überflüssig hielt. Im Jahre 1866 erklärte nämlich die preussische Regierung in der Begründung des Gesetzentwurfes über die Koalitionsfreiheit:

„Koalitionsverbote sind gegen Arbeitgeber ohne Bedeutung. Jeder industrielle Arbeitgeber bildet schon für sich seinen Arbeitern gegenüber die planmäßigste und gesichteste Union (Vereinigung). Er bedarf der Koalition nicht. Schreitet er dazu, so kann die Verabredung sich auf wenige Teilnehmer beschränken, und vermöge dieses Umstandes und mit Hilfe der Mittel, welche die größere Umsicht und das größere Vermögen gewähren, in der Stille eingeleitet und durchgeführt werden, ohne daß sie nachweisbar wird.“

Die Vertreter der Großindustrie begnügten sich anfangs damit, durch ihren mächtigen Einfluß auf die Gesetzgebung einzuwirken, sozialreformerische Maßnahmen möglichst zu verhindern und den politischen Parteien und der öffentlichen Meinung gegenüber ihren Standpunkt als Arbeitgeber zu vertreten. Lange Zeit schienen für diesen Zweck die wirtschaftspolitischen Interessenverbände ausreichend zu sein, die sich auf den verschiedensten Gebieten gebildet hatten und im Jahre 1876 im „Zentralverband deutscher Industriellen“ zusammengeschlossen wurden. Ursprünglich war jedoch dieser Verband nicht ausdrücklich gegen die freiheitlichen Bestrebungen der Arbeiter und ihrer Berufsverbände gerichtet, sondern sollte das doppelte Ziel verfolgen, energisch für die Schutzzollpolitik einzutreten und ein weiteres Vordringen der Sozialreform zu bekämpfen.

Wenn die Vertreter des Verbandes der Arbeiterversicherung im allgemeinen ihre Zustimmung nicht verweigerten, — die Lagen der Unfallversicherung suchten sie allerdings vorzugsweise auf den Staat und die Arbeiter abzuwälzen, — so haben sie doch die Arbeiterschutzgesetzgebung um so eifriger bekämpft. Die Verbandsleitung erklärte nämlich:

„Wir sind der festen Ansicht, daß die gegenwärtige Gesetzgebung allen berechtigten Anforderungen der Humanität (Menschlichkeit) genügt, und in bezug auf die Interessen der Industrie und auf die Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung die Grenze bildet, die nicht überschritten werden darf.“

Unverständlich noch ist die Stellung dem Verbote der Kinderarbeit gegenüber, die aus folgender Erklärung hervorgeht:

„Es scheint doch vernünftiger, die Kinder angenehme Arbeiten verrichten und verdienen zu lassen, als sie dem Mühsigange und der Verwilderung anheimfallen zu lassen. Ein Gesetz, welches die Arbeit der Kinder im schulpflichtigen Alter ganz verbietet, würde Sorge und Not vieler Arbeiterfamilien verlängern und die Lebenshaltung verschlechtern. Unter diesen Verhältnissen würden auch die geschäftigen Kinder in ihrer körperlichen Entwicklung durch ungenügende Nahrung mehr leiden als durch Fabrikarbeit.“

Vom Zentralverbande hat sich 1895 ein Teil, der mit der schroffen Stellung des Verbandes nicht einverstanden war, abgesplittert und im „Bunde der Industriellen“ vereinigt, der in seinem Schöße eine ziemlich starke, der Sozialreform günstiger gesinnte Richtung aufweist, während eine andere Richtung in ihm, zu der namentlich der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona und Verband der Berliner Metallindustriellen gehören, ihre alte Gesinnung noch immer nicht verleugnen können. Der Einfluß der Unternehmerverbände hat sich in sozialpolitischer Hinsicht doch von Zeit zu Zeit bemerkbar gemacht. Trotz derselben hat die Sozialreform, wenn auch langsam, so doch

stete Fortschritte gemacht. Das Erstarken der Arbeiterorganisationen, ihre Geschlossenheit und Opferwilligkeit repräsentieren eine starke Macht, mit der auch das Unternehmertum rechnen mußte.

Dem Beispiel der Arbeiterorganisationen folgend, haben auch die Arbeitgeber ihre Verbände mehr und mehr nach Verufen gegliedert. Eine strikte Zentralisation ist auf der ganzen Linie durchgeführt. Veranlassung hierzu gab der Kampf in der Crimmitschauer Textilindustrie (1903/04) um Einführung des Bezahlentages. Die Parole der Generalkommission der freien Gewerkschaften, die Streitenden durch Sammlungen zu unterstützen, zeitigte auf Arbeitgeberseite eine gemeinsame Hilfsaktion aller Arbeitgeberverbände. Trotzdem die Sammlungen, die sich auf Hunderttausende beliefen, mehr eingebracht hatten als an Streikunterstützung gezahlt worden war, wurden die Arbeiter gezwungen, den Kampf vorzeitig abzubrechen. Dieser Erfolg zeitigte auf Unternehmerseite den Wunsch, der vorübergehenden Einigung ein dauerndes Gepräge zu geben. Doch es waren die früheren Gegensätze noch immer vorhanden. Eine abermalige Spaltung trat in die Erscheinung. Es wurden gebildet die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und der unter Führung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen stehende „Bund deutscher Arbeitgeberverbände“. Während es vor einigen Jahren schon zwischen der „Hauptstelle“ und dem Bund deutscher Arbeitgeberverbände zu einem losen Kartellverhältnis kam, ist es Anfangs dieses Jahres zu einem förmlichen Zusammenschluß beider gekommen, und zwar unter dem Namen „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“.

Für unser ganzes soziales und wirtschaftliches Leben, sowie auch für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, ist diese Gründung von größter Bedeutung. Den starken Gewerkschaftsverbänden steht jetzt die geschlossene Großmacht des Unternehmertums gegenüber. Diese Tatsache, die im „Kriegsfall“ für beide Teile von größter Wirkung sein kann, wird hoffentlich auf die Dauer doch zum Untergang des Friedens werden. Die Juli-Nummer des Reichsarbeitsblattes vom Jahre 1912 gibt als Bestand vom vorigen Jahre 3085 Verbände mit 132 485 Mitgliedern und 4 378 276 beschäftigten Arbeitern an. Das sind wirklich beachtenswerte Organisationen.

Noch einige Worte über die Stellung der Arbeiter zu diesen Organisationen. Es kann nicht geleugnet werden, daß das Vorgehen der Unternehmer auf die Ziele der Arbeiterbewegung hemmend eingewirkt hat. Indes wird der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit nicht beeinträchtigt werden, wenn die Arbeiter auch ihrerseits in gewerkschaftlicher Arbeit nicht ermüden und mit kluger Taktik ihre gerechten Forderungen vertreten. Die Gewerkschaften dürfen das Vorgehen der Arbeitgeber, sofern es sich in gesetzlichen Grenzen hält, durchaus nicht für unberechtigt halten. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Alle Kreise sind heute vom Organisationsgedanken erfüllt, und wenn der Zusammenschluß der Arbeitgeber von dem ehelichen Gedanken erfüllt ist, die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes bei Regelung der Arbeitsverhältnisse anzuerkennen, so wird kein vernünftig und gerecht denkender Arbeiter dagegen etwas einzuwenden haben. Man kann noch weiter gehen und sagen, „wenn man sich von diesen Zusammenschlüssen ein günstige Entwicklung versprechen könnte auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Schaffung langfristiger Tarifverträge, so könnte man sich sogar recht gut damit abfinden“.

nicht besucht, andere möchten das dort Gebotene wieder aufrichten. Mancher kommt mit 30 oder 35 Jahren in die Gewerkschaftsbewegung hinein, er möchte deren Drucksachen verfolgen, möchte als Schriftführer ein fehlerfreies Protokoll und eine brauchbare Notiz für die Zeitung schreiben können, er möchte als Kassierer eine tadellose Abrechnung machen, im sozialen oder apologetischen Unterrichtskursus möchte er die Fremdwörter verstehen und der Wochsüre und dem Vortrag mit Nutzen folgen können. Dazu bedarf es der Beihilfe. Hierfür hatten wir bisher keine besonderen Schulen. Nun kommen die Studenten und bieten sich zu dieser Unterrichtstätigkeit an. Zu lernen, auch in alten Tagen zu lernen, ist keine Schande, sondern ein Zeichen von Regsamkeit. Wir haben beide unsere kleinen Opfer gebracht. Sie die späten Abendstunden, ermüdet von der Tagesarbeit, wir auch immerhin einige Zeit, denn die Vorbereitung zu den Unterrichtsstunden erfordert Zeit und ernsten Willen.

Doch die Unterrichtsverteilung selbst ist nicht einmal der wichtigste Erfolg der Kurse. Wichtiger noch ist ihr zweites Ziel. Die Kurse sollen uns Studenten Gelegenheit und Mittel sein, die handarbeitenden Volksgenossen besser kennen zu lernen. Das ist wohl selbstverständlich, daß ein besseres Kennenlernen des Volkes für den Gebildeten notwendig ist. In den höchsten Stellungen, bei der Regierung, beim Gericht, im Aemterstand, an den Universitäten beklagen wir heute vielfach mangelnde Kenntnis des Denkens und Fühlens der handarbeitenden Volksgenossen. Die Verwaltung, das Rechtsverfahren, der Kampf zwischen Krankenkasse und Arzt, der persönliche Verkehr, die harte und unrichtige Beurteilung mancher Dinge seitens Gebildeter und Besizhender reden hiervon eine deutliche Sprache. Wie konnte das soweit kommen? Einzig dadurch, daß die Gebildeten und Besizhenden von heute viel zu wenig Berührung mit den handarbeitenden Volksgenossen und viel zu wenig Gelegenheit, sie gut kennen zu lernen, erhalten haben. Früher, als die Verhältnisse einfacher lagen, war das einfacher als heute. Auch die Hochstehenden, die selbst aus kleinen Verhältnissen stammten, verlieren erfahrungsgemäß durch den Besuch des Gymnasiums und der Universität und in ihrer späteren Berufstätigkeit sehr häufig die Fühlung mit den Kreisen, in denen ihre Wiege stand. Das sehen wir an Fabrikanten ebenso wie an Gelehrten und Verwaltungsbeamten. Das ist aber durchaus kein gesunder Zustand und führt zu großen Schwierigkeiten. Die jüngste Generation von Studenten hat sich daher aufgemacht, ihr eigenes Volk wieder kennen zu lernen. Nun gibt es dazu an und für sich viele Möglichkeiten, aber es hat sich gezeigt, daß neben der Vincenzarbeit keine so wirksam ist wie das Zusammensein mit den handarbeitenden Volksgenossen in Unterrichtskursen.

Aber auch damit ist die Wirksamkeit und Zielführung der heimatischen Arbeiterkurse noch nicht erschöpft. Dieselben dienen vielmehr dritten auch wieder Ihnen als Möglichkeit und Mittel, durch den Verkehr mit den Studenten einigermaßen die Gesichtskreise und Auffassungen der kopfarbeitenden Bildungsschichten, der Gebildeten und Besizhenden, der später Führenden kennen zu lernen. Heute sind wir Mediziner, über ein Jahr Assistenzärzte im großen Hospital, in dem unsere Brüder und Schwestern gepflegt werden. Heute Philosophen, in einigen Jahren Gymnasiallehrer und Professoren an der Oberrealschule, an Anstalten, die der Erziehung des Nachwuchses der gebildeten Kreise dienen. Heute sind wir Studierende der Technik, in einigen Jahren Ingenieure, Fabrikleiter und einige von Ihnen oder Ihrer Standesgenossen Arbeiter unter unserer Führung und mit uns zusammen. Heute Juristen, in einigen Jahren Richter, Rechtsanwält, Beigeordnete, Beamte des Verwaltungs- oder Gemeindebiensteins. Wir sind dann in Instituten tätig, die für Sie alle, für Rechtsleben, für Ihr bürgerliches Leben, große Bedeutung haben. Die Arbeiterkurse sollen Ihnen Gelegenheit bieten, wenn auch ganz im Kleinen, sich ein gerechtes Bild über diejenigen zu machen, die später in führenden Stellungen tätig sind. Wie einseitig urteilen Menschen, die außerhalb unserer Bestrebungen stehen, häufig über das Gerichtswesen, als ob die Gesetze und Gerichte nur für Diebe und Gauner da wären, über die Arzttätigkeit. Die geistige Arbeit wird vielfach nicht mehr verstanden. Man achtet ihren Wert nicht, man hält die führenden Schichten im großen und ganzen für torrumptert, ausbeuterisch, volksfeindlich, eigennützig. Man glaubt nicht mehr an die Pflichttreue und an die ernste Arbeit großer Teile dieser Schichten. Diejenigen von Ihnen, die für ihre Organisation agitieren, wissen davon zu erzählen. Es gibt oben und unten Menschen mit menschlichen Fehlern. Auch wir Studenten sind nicht so, wie das Volk sie sich vielfach denkt und wie Sie uns in den Witzblättern beschreiben finden. Unter den 60000 deutschen Studenten gibt es ernste Leute, von entwickeltem Pflichtgefühl und von bestem, idealem Willen, dem Volksganzen zu dienen. Ich glaube, durch die gemeinsame Arbeit haben Sie einen Einblick in die ersten Schichten derjenigen bekommen, denen wir angehören oder angehören werden. Wir hoffen, daß der Verkehr so mit jeder einzelnen Art von Studierenden Ihr Gesamturteil über Männer der geistigen Arbeit günstig beeinflussen wird. Wie hart manchmal geistige Arbeit sein kann, haben Sie ja in den Kursen selbst häufig erfahren.

Was nun unseren Unterrichtskursus hier in Waals anbetrifft, so haben wir versucht, die eben entwickelten Theorien in die Praxis umzusetzen. Ob uns dies wohl vollständig gelungen ist? Ich glaube für die jetzt hier Anwesenden die Frage in günstigem Sinne beantworten zu können. Wir wollen uns keine Schmeichelein lassen, aber glauben Sie mir, ich war häufig angenehm überrascht, wenn ich trotz schlechten Wetters eine stattliche Anzahl von Hörern eingefunden hatte, trotzdem sie vorher einen Weg von mehr als einer Stunde in nassen Kleidern zurückgelegt hatten. Welche Freude, wenn unter den Zuhörern ein neues Gesicht auftauchte. Wird es ihm gefallen, wird er wieder kommen? Und wenn nun ein bisher erfriger Zuhörer plötzlich ausbleibt, einmal, zweimal, vielleicht für immer, und man bei der Erkundigung unter Nachsuchen eine unbestimmte Antwort erhält, steigt da nicht leise ein unsicheres Gefühl herauf: Hast du auch deine Sache gut gemacht? Doch tröstest du dich dann; denn du erinnerst dich der gespannten Aufmerksamkeit, die auf den Gesichtern aller Zuhörer zu lesen war. Du horchst aufmerksam hin, wenn man beim Weggange über dies oder jenes aus dem Vortrage eifrig disputiert. Ja, wenn man noch nach vier Monaten sich über dies und jenes streitet und wie ich es heute hier erfahren habe, befragt wird: „Sie sagten in einem Ihrer Vorträge. . . Mein Kollege meint so . . . ich meine so . . . Wollen Sie bitte Ihr Urteil abgeben?“ Ja, dann möchte man jauchzen vor Freude, denn ein Vortrag, der noch nach so langer Zeit das Interesse wachhält, der hat seinen Zweck erreicht.

Ich bin bestrebt gewesen, in meinen kleinen Vorträgen die wichtigsten Gebiete zu berühren. Vielleicht ist es nicht uninteressant, jetzt noch einmal die ganze Vortragsreihe des

letzten Jahres durchzugehen. (Bzüglich der Vortragsreihe ist zu berücksichtigen, daß Waals ein an der deutschen Grenze gelegener holländischer Ort ist. Da die Arbeiterbevölkerung jedoch zum größten Teile in Deutschland Erwerb und Verdienst findet, ist sie neben ihrer Landessprache auch der deutschen Sprache mächtig und auch in den deutschen christlichen Gewerkschaften organisiert. D. N. D. 2, 3.)

- 1. Holland, seine Geographie, Geschichte, Industrie, sein Handel und sein Wirtschaftsleben. 2. Hollands Baukunst. 3. Holland in der Malerei. 4. Zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften. 5. Der deutsche Kaufmann in den Niederlanden. 6. Die Hanfa. 7. Albrecht Dürer. 8. Die Optik, das Auge, der Projektionsapparat. 9. Weihnachten in der Malerei. (Sichtbildervortrag.) 10. Unternehmungsformen. 11. Aktiengesellschaften. 12. Philosophie. 13. Philosophie. 14. Moderner Werkbetrieb und Bau eines Dampferes. (Sichtbildervortrag.) 15. Geschichte: Altertum. 16. Kulturgeschichte des Altertums. 17. Die Religionen des Altertums, Anfänge der christlichen Religion. 18. Geschichte: Mittelalter bis Kreuzzüge. 19. Bau des Weltalls. 20. Der Kampf um den Nordpol. 21. Europas Völkerfrühling. (Sichtbildervortrag.) 22. Vortrag eines Teilnehmers über: Die Gesellschaft der Menschen. Diskussion. 23. Künstlerischer Wanderschmuck. (Sichtbildervortrag.) 24. Geld und Geldwesen. 25. Wie lese und verhehe ich eine Landkarte.

Zum Schluß möchte ich eine Bitte aussprechen. Verteilten Sie sich eifrig an den bald beginnenden Kursen. Und wenn Sie dort einen Studenten finden, dessen Unterricht und Vortrag Ihnen so recht zusagt, dann ziehen Sie bitte nicht gleich allzuklares Vergleiche und brechen über die Vorgänger den Stab. Handeln Sie aber auch nicht umgekehrt. Wir sind eben Anfänger, niemals geschulte Lehrer. Aber das kann ich Sie versichern, wir nehmen unsere Sache ernst und geben Ihnen verbündigen Herzens, was wir haben. Also denn auf Wiedersehen im späteren Leben!

Allgemeine Rundschau.

„Der Friede von Mey.“ Unter dieser Ueberschrift schreibt das „Zentralblatt“ (Nr. 18) der christlichen Gewerkschaften. „Vom 17.—21. August fand in Mey die sechzigste Generalversammlung der katholischen Deutschlands statt. Vor dieser Tagung wurden eine Anzahl Blätter zu berichten, daß es in Mey wegen des Gewerkschaftstretes zu einem großen Krach kommen würde. Diese angeblichen Mißverständnisse wurden Lügen gestraft. Der Katholikentag ist nicht die Instanz, auf der eine maßgebende Entscheidung darüber gefällt werden könnte, in welcher Organisation und mit welchen gewerkschaftlichen Mitteln die katholischen Arbeiter ihre berufswirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen sollen. Manchen Kreisen möchte es freilich erwünscht erscheinen, wenn auf Katholikentagen Adeliche, Landwirte, Industrielle, Handwerker, Kaufleute u. d. darüber befinden könnten, wie sich die katholischen Arbeiter zur Vertretung ihrer Standesangelegenheiten zu organisieren hätten. Darüber entscheiden indes die Arbeiterorganisationen selbst. Für die christlichen Gewerkschaften ist dieses gehehen auf den beiden Kongressen Dresden und Essen. Und dabei bleibt es.“

Dem Wunsch nach Frieden, der in Mey mit so großem Beifall ausgesprochen wurde, wird selbstverständlich auch seitens der katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören, beigegeben. Die Friedensbedingungen sind, soweit die christlichen Gewerkschaften daran interessiert sind, in Dresden und Essen ausgesprochen worden: man soll die christlichen Gewerkschaften in Ruhe lassen und der Friede ist da!

Eine Anzahl Blätter rufen in überschwänglicher Ueberschätzung der Worte des Präsidenten Fürsten zu Löwenstein die christlichen Gewerkschaften zu einem neuen Waffengang im Kampfe um ihre Gesamtstellung auf. Diese Ratschläge müssen die christlichen Gewerkschaften aus zweierlei Gründen ablehnen: zunächst fehlt zu solchen Beginnen der ausreichende Anlaß, und dann rekrutieren sich die bezeichneten Ratgeber fast ausschließlich aus Zeitungen („Deutsch-Evangelische Korrespondenz“, „Wälnische Zeitung“, „Münchener Neueste Nachrichten“ u.), deren Interesse an den christlichen Gewerkschaften das ganze Jahr hindurch darin besteht, daß sie bei jeder passenden und gesuchten Gelegenheit an den christlichen Gewerkschaften herumrödeln. Gegenüber diesen „Freunden“ der christlichen Gewerkschaften werden selbst deren evangelische Mitglieder mit jedem Tage mißtrauischer.“

Tabakarbeiterverbandstag. Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 17.—19. August in Koblenz seinen fünften Verbandstag ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes war Kollege Bergmann (Wien) und als Vertreter des österreichischen Bruderverbandes Kollege Ullrich (Wien) erschienen. Nach dem Geschäftsbericht, der vom Kollegen Sammann erstattet wurde, wurde die Entwicklung des Verbandes in der Berichtszeit durch verschiedene ungünstige Einwirkungen gehemmt. Der schlechte Geschäftsgang hat viele Arbeiter zur Abwanderung in andere Berufe veranlaßt, die Fabrikanten sind in verstärktem Maße zur Anlegung von Filialen in Gebieten mit zurückgebliebener Arbeiterschaft übergegangen; auch mußten durch die beiden großen Ausperrungen hohe Anforderungen an die Opferwilligkeit der Mitglieder gestellt werden, so daß durch die Zusammenwirkung dieser Umstände die Mitgliederzahl einen kleinen Rückgang erfahren hat. Recht günstig hat sich dagegen die Beitragsleistung entwickelt. Ende 1910 betrug der Durchschnittsbeitrag aller Klassen noch 30.1 Pfennig und Ende 1912 genau 40 Pfennig. Das ist, wenn man berücksichtigt, daß der Verband eine recht schlecht entlohnte Berufsgruppe umschließt und 42% weibliche Mitglieder zählt, ein sehr günstiger Stand. An Wochenbeiträgen wurden in der Berichtszeit 256 344 M. eingenommen gegen 153 414 M. in den vorhergehenden zwei Jahren. Der Verband hatte ansehnliche Leistungen in Unterstützungen und besonders in gewerkschaftlicher

Die sozial-studentischen Unterrichtskurse. *)

Liebe Freunde! Wir haben uns heute Abend hier zusammengefunden, um in gemütlichem Zusammensein den Schluß unseres Semesterkurses zu feiern. Ich halte es für angebracht, heute noch einmal Geschichte und Ziele unserer Bewegung Ihnen zu entrollen.

Es ist erst wenige Jahre her, daß deutsche Studenten den Plan faßten, eine innigere Verbindung mit dem Volke anzustreben. Die Bewegung, die sich dieses Ziel setzte, erhielt den Namen: „Sozial-studentische Bewegung“. Auf den verschiedensten Wegen wollte sie dieses Ziel erreichen. Krankenpflege, Armenbesuch, Vincenzarbeit, die auch von Studenten ausgegangen war, wurde gepflegt. Die brüchigen volkstümlichen Vereine, die dem Gebildeten völlig fremd geblieben waren, suchte man auf; dort wollte man den Sinn der Organisation, die Ziele der Arbeit, das Denken und Fühlen handarbeitender Volksgenossen kennen lernen. Lesende wurden veranstaltet, dem Theaterwesen seine Aufmerksamkeit gewidmet. Andere gingen mit Jugend- und Gesellenvereinen an freien Nachmittagen auf die Wanderung. Wieder andere hielten kleine Vorträge. Ja, einzelne opferten fünf Wochen ihrer Ferienzeit, um irgendwo als sogenannte Residenzarbeiter auf Arbeitersekretariaten, Gewerkschaftsgeschäftsstellen, Rechtsauskunftsstellen oder Volksbüreaus sich einzuarbeiten. Auch in der Jugendgerichtshilfe, im Besuch der Zuwandernden, in der Gefängnisfürsorge suchten sich Studenten zu betätigen. Als besonders wirksames Mittel aber erkennen sie den Unterricht handarbeitender Volksgenossen an, wie wir in dem nunmehr beendeten Kursus in beschiedenem Maße und nach besten Kräften in die Wirklichkeit umzusetzen versucht haben. Nach diesen allgemeinen Erörterungen werden Sie mir gestatten, über diesen eigenartigen und wichtigen Zweig sozial-studentischer Bestrebungen einige Worte zu sagen, und lassen Sie mich die Frage beantworten, wozu wir Studenten uns in den Arbeiterkursen betätigen.

Zuerst sollen die Kurse Ihrer eignen Bildung dienen. Das in der Volksschule Dargebotene hat so mancher schnell vergessen, Fortbildungsschulen gab es nicht oder hat mancher

*) Vortrag des Herrn Stud. E. Schnepfer-Nachen, gehalten auf der vom Ortskartell der christlichen Gewerkschaften in Waals veranstalteten Feier zum Abschluß der sozial-studentischen Unterrichtskurse.

Tätigkeit aufzuweisen. 6049 Mitglieder waren an Lohnbewegungen und Ausperrungen beteiligt. Mit welchem Widerstand in Arbeitgeberkreisen sie schlecht gelohnten Tabakarbeiter zu rechnen haben, geht daraus hervor, daß neben 174 an Streiks beteiligt gewesen Mitgliedern 2749 von Ausperrungen betroffen wurden.

Die Beratung der Anträge führte zu dem Beschlusse, daß die Wartezeit für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Zukunft von drei Tagen auf eine Woche verlängert wird und daß beide Unterstützungen gegeneinander aufgerechnet werden. Die Wartezeit für Ausgesteuerte beträgt in Zukunft bei der Krankenunterstützung ebenfalls wie bei der Arbeitslosenunterstützung schon bisher 52 Wochen. Die bisherige, noch etwas ungewerkschaftliche Gestalt der Krankenunterstützung hat ihre Ursache darin, daß in den ersten Jahren eine besondere Zuschußklasse mit äußerst hohen Leistungen bestand, bei deren Auflösung der Verband eine zunächst etwas angepaßte Unterstützungsregelung eintreten lassen mußte. Der den Ortsgruppen verbleibende Anteil wird auf 10% festgesetzt, wovon jedoch 5% für Werbezwecke an die Bezirke abgeführt werden müssen.

Am zweiten Verhandlungstag hielt zunächst der zweite Vorsitzende, Kollege Müllach, einen grundsätzlichen Vortrag über die Aufgaben und Ziele unserer Ständearbeit für die Tabakarbeiterchaft, in dem die gegenwärtige berufliche und soziale Lage eingehend gewürdigt, die bisher zur Hebung der Tabakarbeiterlage geleistete Arbeit in der Selbsthilfe und in der Gesetzgebung dargestellt wurde und in dem zuletzt eine Anzahl wichtiger programmatischer Aufgaben und Forderungen aufgestellt wurden. Die zu dem Vortrag vorgelegten Richtlinien für die zukünftige Ständearbeit wurden einstimmig angenommen.

Sodann sprach der Kollege Hartmann über Tarifverträge. Hierzu wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Der fünfte Verbandstag erblickt in dem Abschluß von Tarifverträgen die einzige Möglichkeit, eine durchgreifende Gesundung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie zu ermöglichen. Um eine schnelle Förderung der Tarifbewegung, die bis heute noch bei den gut organisierten Arbeitgebern den größten Widerstand findet, herbeizuführen, erucht der Verbandstag die der Gesamtbewegung angeschlossenen Berufsgruppen, den in dieser Sache gefassten Beschluß des Dresdener Gewerkschaftskongresses praktisch durchzuführen. Beim Einlauf von Tabakwaren sollen in erster Linie diejenigen Firmen berücksichtigt werden, die ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt haben.“

Nach den erfolgten Neuwahlen, die keine Aenderung ergaben, wurde der Verbandstag geschlossen.

Gefahren der Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. In der Broschüre „Buchdrucker und öffentliches Interesse“, die der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegeben, und in der Broschüre „Demaskiert“, ein Charakterbild des Verbandes Deutscher Buchdrucker, die der Gutenbergbund herausgegeben, wird auf die Gefahren hingewiesen, die darin bestehen, dem sozialdemokratischen Buchdruckerverbande das Monopol innerhalb des Buchdruckerwesens einzuräumen. In einer früheren Broschüre des Reichs- und Landtagsabgeordneten Dasbach „Soll das deutsche Buchdruckgewerbe und damit die deutsche Presse und Literatur von der Sozialdemokratie abhängig gemacht werden?“ sind ebenfalls recht interessante Dinge nachzulesen. Die „Essener Volkszeitung“ hat der sieben tagelangen Generalversammlung des Gutenbergbundes einen Begrüßungsartikel gewidmet. Der vom Buchdruckerverband unterhaltene „Allgemeine Beobachter“, Essen, schreibt dazu:

„Offentlich ist die Betriebsleitung nicht soweit gegangen, den Satz dieser giftigsten Schmähungen von Verbandsmitgliedern herstellen zu lassen. Hat denn der Verlag der „Essener Volkszeitung“ gar kein Verständnis dafür, daß durch derartige niederträchtige Anwürfe ein erprießliches Zusammenarbeiten ihrer Angestellten im Buchdruckerbetrieb keineswegs gefördert wird?“

Das will mit anderen Worten heißen: „Will eine Geschäftsleitung mit den im Betriebe beschäftigten Verbandsmitgliedern Ruhe haben, dann darf sie nichts in ihrer Zeitung aufnehmen, was dem Verbandsmitglied unangenehm ist.“ Bei dieser Gelegenheit erinnert man sich an einen Vorgang, der sich vor einigen Jahren in Oberstwalde abspielte. Dort hatte sich ein Verbandsmitglied geweigert, eine Notiz über die Matfeiern zu lesen. Ein anderer hatte sich dieser Weigerung angeschlossen, und schließlich haben alle übrigen das gleiche getan, so daß es zur Entlassung kam.

Die Verbandsmitglieder werden, wie wir durch obige Notiz des „Allgemeinen Beobachters“ sehen — und der „Korrespondent“, das Organ des Verbandes, hat öfter in dieselbe Kerbe —, geradezu zu ihrem Verhalten erzogen. Daß das ein unhaltbarer Zustand ist, liegt auf der Hand. Die Öffentlichkeit hat deshalb wohl ein Interesse daran, daß die Monopolstellung des Buchdruckerverbandes innerhalb der Tarifgemeinschaft beseitigt und dem Gutenbergbund gleiches Recht eingeräumt wird. An der Stärkung des Gutenbergbundes, der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, hat die Öffentlichkeit ein weitgehendes Interesse.

Der Verband christl. Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe hielt in den Tagen des 24.—26. August in Essen seine sechste Generalversammlung ab. Der Sonntag Abend vereinigte die Gäste und Delegierten im städtischen Saalbau zu einer von der Bahlfelle Essen des christlichen Schneiderverbandes veranstalteten, von den Mitgliedern des Partells der christlichen Gewerkschaften Essens gut besuchten Begrüßungsfeier, die einen einfachen und schlichten, aber um so würdigeren Verlauf nahm.

Die Verhandlungen begannen am Montag, den 25. August im städtischen Saalbau. Außer den Vorstandsmitgliedern und Bezirksleitern waren 25 Delegierte anwesend. Verbandsvorsitzender Schwarzmann-Köln erstattete nach Konstituierung der Generalversammlung den Geschäfts- und Kassenbericht.

Die Mitgliederzahl betrug Ende 1912 4818, darunter 320 weibliche. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf über 5000 gestiegen. Etwa 75 Prozent der Mitglieder sind Heimarbeiter. Die Fluktuation ist sehr groß, namentlich vor Lohnbewegungen sei der Zugang von Mitgliedern recht erheblich, während ein großer Teil nach den Bewegungen dem Verband wieder den Rücken kehren. Hierunter habe aber nicht bloß der christliche Schneiderverband zu leiden, denn die Fluktuation sei auch bei dem sozialdemokratischen Schneiderverband ebenso groß. Die Kassenverhältnisse können als günstige bezeichnet werden. Die Einnahmen der Haupt- und Nebenkassen betragen während der Berichtszeit einschließlich eines Kassenbestandes von 26101,58 M. 339117,44 M., die Ausgaben 309759,97 M., davon allein für Lohnbewegungen und Unterstützungswecke 106404 M. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1912 33156 M.

In der Berichtszeit war der Verband an 101 Bewegungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Mitglieder beteiligt. Davon konnten 71 auf friedlichem Wege erledigt werden, während 30 Bewegungen zum Streik führten. Zu größeren Kämpfen

kam es 1911 in der Breslauer und 1912 in der Schaffenburg Konfektionsindustrie, sowie 1912 infolge der Bewegungen in der Herren-Wäscheindustrie zur Aussperrung. Bewegungen wie Streiks nahmen für die Arbeitnehmer einen befriedigenden Verlauf und endeten ohne Ausnahme mit dem Abschluß neuer bzw. Erneuerung schon bestehender Tarifverträge. Am 31. Dez. 1912 war der Verband mit 4264 Mitgliedern an 118 Tarifverträgen beteiligt. In längeren Ausführungen behandelte Redner den Kampf und dessen Abschluß in der Maßbranche im Jahre 1912. Das Verhalten des christlichen Schneiderverbandes bei den zweiten Einigungsverhandlungen in Frankfurt habe zwar das Mißfallen der Gegner erregt, der weitere Verlauf und der Abschluß der Bewegung habe aber sein Verhalten vollaus gerechtfertigt.

In der Diskussion wurde die Taktik des Zentralvorstandes beim Abschluß der Bewegung 1912 in jeder Hinsicht gebilligt. Der Jugend- und Arbeiterinnen-Organisation soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt und der Arbeitsnachweis in allen Orten ausgebaut werden. Zur Heranbildung neuer Mitarbeiter wurde die Abhaltung von Vertrauensmänner-Sitzungen und die Ausgestaltung dieser zu Unterrichtskursen empfohlen.

Den weiteren Punkt der Verhandlungen bildete die Heimarbeiterfrage. Hierüber erstattete Bezirksleiter Günnewig das Referat und begründete folgende Forderungen: Erlaß von wirksamen Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Heimarbeiter, Einbeziehung solcher Heimarbeiter in das Gesetz, die mit fremden Hilfskräften arbeiten und Wohnämter, anstelle der heutigen Fachauschüsse, die berechtigt sind, Mindestlöhne mit gesetzlicher Wirkung festzulegen, sowie Zulassung der Organisationsvertreter zu den Wohnämtern bzw. Fachauschüssen. Das Referat über die weitere Gestaltung des Tarifvertragswesens erstattete Verbandsvorsitzender Schwarzmann. Daran anschließend referierte ein Freund der christlichen Gewerkschaftsbewegung über tarifliche Rechtsfragen. Redner behandelte insbesondere folgende drei Fragen: 1. Welche rechtliche Stellung nehmen die Organisationen als Hauptvertragskontrahenten ein. 2. Diejenigen Personen, die im Auftrage ihres Hauptverbandes die Einzeltarife unterzeichnen. 3. Was ist juristisch gegen die beiderseitigen Abänderungsanträge zum Reichstarif einzuwenden?

Sodann wurde der Bericht der Statutenberatungskommission entgegengenommen. Nach dem Antrage dieser Kommission wird die Einführung einer Militärunterstützung abgelehnt. Zur Arbeitslosenunterstützung sollen Vorarbeiten getroffen und der nächsten Generalversammlung unterbreitet werden. Eine generelle Erhöhung der Beiträge wurde abgelehnt, jedoch wurde beschlossen, zur Entlastung der Hauptkasse einen Agitationsfonds durch Erhebung von Bezirksbeiträgen zu schaffen.

Fünf Jahre gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation. So betitelt sich ein Bericht, den der sozialdemokratische Lithographenverband im Korrespondenzblatt der „freien“ Gewerkschaften veröffentlicht. Ihm entnehmen wir, daß genannter Verband im März 1908 eine zentrale Lehrlingsabteilung ins Leben rief, der nach kaum einem Vierteljahr von den 4000 bis 5000 Lehrlingen des Berufes mehr als 2000 angehörten. In den ersten fünf Jahren des Bestehens der Abteilung schlossen sich ihr insgesamt 7771 Lehrlinge an, von denen nach beendeter Lehrzeit 3642 als Mitglieder in den Verband übertraten. Angesichts dessen ist es begreiflich, wenn der Bericht konstatiert, daß die für die Jugendabteilung gemachten finanziellen Aufwendungen sich gut rentieren. Wörtlich heißt dort:

„Wie das Hineinwachen der Mitglieder der Lehrlingsabteilung in die Gehilfenorganisation lehrt, erparen sie

Der Arbeiter.

Wo finkst die Schote ragen und rauchen
Und Kessel und Kolben zischen und fauchen,
Da ist deiner Pflichten heiliges Land,
Da regst du im Frohne stöhnend die Hand
Und reißt dich, umfahret von Glut und Dampf,
Fürs tägliche Brot in trozigem Kampf.

Hier lernst du im Flammenschauer der Essen
Die wilden Stiche des Lebens vergehen.
Und ob die auch manchmal die Häute geknackt,
So hältst du doch knirschend den Schlägel gepackt.
Die Stirne umdüstert, die Brust vernarbt,
Hast oft im Schweisse du keuschend gedacht.

Und doch! — Wenn herrlich das Tagewerk gelangen,
Daß frei deine Seele den Frieden errungen,
So träumst du von Schätzen, die dein nun sind:
Du küssest dein Weib, du herzeist dein Kind
Und segnest das Schicksal mit schwieliger Hand
Und dünkst dich ein König im Arbeitsland.
Homburg am Rhein. Heinz Morgenbrodt.

Erholung.

Von einem Kollegen wird uns geschrieben: Es ist ein schöner Sommer-Sonntag-Nachmittag. Am Samstag Abend ist der Staub der Woche durch ein erfrischendes Bad abgepölpelt worden und am Sonntag Vormittag hatten

wir, nach Erfüllung unserer Christenpflicht, der Gewerkschaftsversammlung beigewohnt. Nun suchten wir Erholung.

Indem wir so dahinschlendern, hören wir fröhlichen Gesang. Wir beschleunigen unsern Gang. Dort ist Freude, dort ist Erholung.

Doch gar bald mäßigen wir unsere Schritte wieder. Die Art der Vieder, die dort gesungen, hat es uns angetan. Wir gehen auch nicht in das Lokal hinein, sondern werfen nur einen Blick durch das Fenster. Nachdem sich das Auge an den dichten Tabakqualm gewöhnt, sehen wir dort lange Reihen Tische, besetzt mit Männern und Frauen, Junglingen und Jungfrauen. Alle aus dem arbeitenden Volke. Vor sich hatte man große Humpen und kleine Gläser stehen. Bei manchem begann der Alkohol seine Wirkung zu tun.

Unwillig wandten wir uns ab. Als bald nahmen weiche, schmelzende, einschmeichelnde Walzerweisen unser Ohr gefangen. Wir gingen ihnen nach. Tänzerinnen in schönen, duftigen Kleidern wiegten sich nach dem Takte der Musik in den Armen ihrer Tänzer. Der Tanz ist zu Ende. Der Wirt versucht, durch Sprengen Herr des Staubes, der sich wie eine dicke, schmutzige Decke auf Tische und Stühle lagert, Herr zu werden. Der Staub wird eingeatmet und vollendet so das Perestroikwert, das der Fabrikstaub an den sechs Wochentagen begonnen hat.

Wir schreiten weiter. Indem wir noch über das vorher Gesehene und Gehörte nachdenken, werden wir angerufen, und ein freundiges „Ah“ entschüpft unsern Lippen. Es ist der Kollege, der in der Gewerkschaftsversammlung so warm für die Rechte des Arbeiterstandes eingetreten ist. Die ganze Familie war zusammen, Mann, Weib und Kind, von dem kleinen Nesthähnchen an bis zu dem mit einem Rucksack bepackten Erstgeborenen, der demnächst berufen sein wird, die Unter-

haltungspflicht mit dem Vater zu teilen. Der freundlichen Einladung folgend, schließen wir uns an. Die Stadt liegt hinter uns, und einen Augenblick bleibt der Kollege stehen, um das herrliche Landschaftsbild in sich aufzunehmen. Die Unterhaltung kommt in Fluß, und gar bald schwimmt der Kollege in seinem Fahrwasser. Aktuelle Gewerkschaftsfragen werden besprochen. Auch die Mutter öffnet ihre Lippen, um ein Wort mitzureden. Scheu werfen wir einen Blick zur Seite, um das alte Lied von hohen Beiträgen und „es nußt doch nichts“ entgegenzunehmen. Wir als Vertrauensmänner hatten Erfahrung darin. Unser Freund lächelt, unsere Gedanken erratend, wohl wissend, daß seine Frau eine ebenso überzeugte Gewerkschaftlerin sei, wie er selbst, wog sie doch durch seine eigene Schule gegangen. Wobaus das himmelanstürmende junge Leben, nachfolgend Vater und Mutter, ernste Arbeiterfragen prüfend und erwägend, um uns und über uns der schöne, große Gottesdom: wahrhaftig, ein herrliches Bild.

Der Wald ist erreicht. Die ermüdeten Kinder unseres Kollegen haben sich bereits im weichen Moos bequem gelagert. Auch wir lassen uns nieder.

Die geschäftige Hausfrau hat alsbald das reine, weiße Leinen dem Rucksack entnommen und ausgebreitet. Einfache, herbe Arbeiterkost wird ausgeteilt. Es ist ein einfaches Mahl, doch gewürzt durch die Freude.

Die Stunde der Heimkehr schlägt. Die Stadt ist wieder erreicht. Noch tönt der Gesang, nur daß er fallender, daß die Vieder gemeiner geworden sind. Es kann uns nicht betören. Noch läßt die Musik ihre prickelnden, einschmeichelnden Weisen erschallen, nur daß die Staubschicht eine stärkere geworden ist. Doch das kann uns nicht bestrafen.

Dort trennen sich unsere Wege. Ein warmer Händedruck, und wir scheiden. Wir hatten die Freude und die Erholung gefunden.

(die aufgewandten Gelder) einen guten Teil von Mitteln, die sonst für die Agitation unter Nichtorganisierten verwendet werden müßten.

Der Verband gibt für die Lehrlingsabteilung auch ein eigenes Organ, die „Graphische Jugend“ heraus. Dieses Blättchen verfolgt neben der Pflege der Fachbildung auch die Förderung der Allgemeinbildung, nach bestimmten Richtlinien. Die Art dieser „Richtlinien“ ergibt sich aus folgenden, dem Bericht entnommenen Darlegungen:

„Anschließend an eine einführende Artikelserie über Bildungsarbeit wurden das Weltall, der ewige Kreislauf des Werdens, die Entwicklungsgeschichte der Erde, die Entwicklung des Lebens auf der Erde vom Urtier zum Menschen, der Urmenfch, die Gesellschaftsformen der Griechen und Römer, das mittelalterliche Handwerk und das Gewerbe in Einzelaufgaben oder Aufsätzen behandelt.“

Die Förderung der Allgemeinbildung geschah also, das ergibt sich aus einigen der aufgeführten Themen, in antichristlichem Sinne. Der Verband gab sich redlich Mühe, die Jüngens schon im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen. Das ist die „bestimmte Richtlinie“.

Ob sich all die Eltern, von denen der Bericht sagt, daß sie die Lehrlingsorganisation „tatkraftig gefördert“ hätten, über den sozialdemokratischen Charakter der letzteren klar gewesen sind? Wir möchten bezweifeln. Umso mehr ergibt sich für uns die unbedingte Pflicht, die breiteste Deffenlichkeit auf die hier unserer Jugend drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Sowohl den Eltern, als auch den in der Jugendbewegung tätigen sonstigen Personen gilt, zum Bewußtsein zu bringen, daß es schon dieser Gefahren wegen eine unabwiesbare Notwendigkeit ist, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen den christlichen Gewerkschaften zuzuführen.

An die christlich-nationalen Vorstands- und Ausschusmitglieder der Krankenkassen. Der Betriebskrankentassenverband, der von den Obercharmachern gegen die Interessen der Versicherten gegründet ist, macht in letzter Zeit durch seine unliebsame, arbeiterschädigende Wirksamkeit wieder von sich reden. Dieser Verband, der eigentlich „Verband zur Wahrung der Interessen von Unternehmern, die Betriebskrankentassen haben“ heißen müßte, versendet jetzt eine Notiz an die deutsche Presse, in der er klar und bündig dazu auffordert, das Vermögen der zur Auflösung gelangenden Kassen möglichst vorher zu verpulvern. Er appelliert dabei an die niedrigsten Instinkte im Menschen, vor allen Dingen an den Eigennutz.

Den Kollegen wird bekannt sein, daß die Mitglieder der am 1. Januar 1914 zur Auflösung gelangenden Kassen meistens den allgemeinen Ortskrankentassen überwiesen werden; selbstverständlich wird damit auch das Vermögen ihrer bisherigen Kassen ebenfalls der neuen Kasse überwiesen. Feinesfalls geht der Gesamtarbeiterschaft auch nur ein Pfennig der Vermögensbestände aufgelöster Kassen bei der Ueberweisung verloren. Im Gegenteil, je mehr der großen allgemeinen Ortskrankentasse an Mitteln von aufgelösten Kassen zugeführt wird, desto höhere Leistungen kann sie für die in ihr versicherte Arbeiterschaft gewähren. Das ist aber gerade der springende Punkt für den Betriebskrankentassenverband! Er will, indem er an den Egoismus der Kassenvorstände und Ausschüsse appelliert, eine Erhöhung der Leistungen in den allgemeinen Ortskrankentassen verhindern. Warum? Nun, weil sonst die Betriebskrankentassen ebenfalls auf Grund der Reichsversicherungsordnung gezwungen sind, die höheren Leistungen einzuführen.

Die ganze Sozialversicherung ist auf dem Prinzip der Solidarität: „Alle für Einen und Einer für Alle“ aufgebaut, darum mögen unsere Versichertenvertreter in den zur Auflösung kommenden Krankentassen unter keinen Umständen dulden, daß das Vermögen ihrer Kasse bis zum 1. Januar 1914 noch schnell verpulvert wird. Damit schädigen sie sich selbst und leiten Wasser auf die Mühlen des Essener Scharfmacherverbandes.

Erste Mahnung. Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes zum Parteitag enthält auch recht bemerkenswerte Ziffern über die Entwicklung und die rührige Tätigkeit der von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam unterstützten Jugendbewegung. Danach ist die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ von 80086 auf 89409 gestiegen. Das Blatt hat in mehr als 560 (471) Orten Eingang gefunden. Jugendausschüsse bestehen in 655 (574) Orten. An die Zentralkasse haben 409 (341) über ihre Tätigkeit berichtet. Darnach existieren in 291 (208) Orten Jugendheime, von denen 171 (143) eigene Bibliotheken aufweisen, die insgesamt 36681 (31852) Bände umfassen. Die Jugendausschüsse veranstalteten 3309 (3474) Einzelvorträge, 2405 (1648) künstlerische Veranstaltungen und Feste, 672 (390) Führungen durch Museen usw., 3630 (4830) Wanderungen. Außerdem fanden 206 (103) Vortragsreihen und Kurse statt. Eigene Jugendbibliotheken bestehen außer den in den Jugendheimen in 76 (69) Orten. Sie umfassen zusammen 18090 (8891) Bände. Die Jugendbewegung verfügt also über 274 (212) Jugendbibliotheken mit 54771 (40703) Bänden. Die Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes betreiben in 49 (30) Orten besondere Jugendschutzkommissionen.

Die Bezirksleitungen, deren Aufgabe darin besteht, die Jugendausschüsse in ihrer Agitations- und Bildungsarbeit zu unterstützen, haben sich von 26 auf 30 vermehrt. Ueber ihre Tätigkeit wird berichtet:

„Sie veranstalteten 328 Versammlungen, vermittelten 438 (252) Vorträge, hielten 198 (155) Sitzungen und 44 (22) Konferenzen ab. 6 (6) Bezirksleitungen gaben 8 (6) ver-

schiedene Flugblätter heraus, die in 131200 (77200) Exemplaren verbreitet wurden. Für die Ausbildung von Funktionären fanden 19 Konferenzen und Kurse statt.“

Die Zentralkasse sorgte ihrerseits für das nötige Agitationsmaterial. Der Bericht sagt:

„Es wurden vier neue Flugblätter herausgebracht. Ein Flugblatt dient der Propaganda für die „Arbeiter-Jugend“, ein anderes wendet sich gegen den Bund „Jung-Deutschland“, den Kriegerverein der Jungen, das dritte richtet sich im besonderen an die junge Arbeiterin und das vierte: „Die wahren und die falschen Freuden der arbeitenden Jugend“ klärt die Jugendlichen über die wahren Zwecke der sogenannten staatlichen Jugendpflege auf. Die vier Flugblätter wurden in 414000 Exemplaren verlegt. Ferner wurden von den sechs älteren Flugblättern noch 277000 Exemplare verteilt. Insgesamt wurden also 691000 (408000) Flugblätter abgegeben. Außerdem gelangten von der Agitationsbrochure „Hörst Du zu uns?“ 23575 Exemplare und von der „Arbeiter-Jugend“ 32000 Probenummern zur Verteilung. Der „Jugend Almanach „Jungvolk“ hat eine gute Aufnahme gefunden. 27120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvolk“ soll in jedem Jahre als eine Weihnachtsgabe an die Jugend in neuer Ausgabe erscheinen. Von der bekannten Schrift: „Lamäsus, Das Menschenschlächthaus“, wurde eine billige aber ungekürzte Ausgabe in 20000 Exemplaren zum Preise von 80 Pf. das Stück (in der gewöhnlichen Ausgabe kostet die Schrift 1 M.) veranstaltet. Auch die Schriften, die in den früheren Jahren erschienen sind, wurden viel verlangt, allein das Jugendliederbuch in 22223 Exemplaren.“

Das sind Ziffern, die zu denken geben. Für uns müssen sie eine ernste Mahnung sein, nach Kräften an der Förderung und dem Ausbau der konfessionellen Jugendvereine, aber auch an der Gewinnung der Jugend für unsere christlichen Gewerkschaften zu arbeiten. Der Jugend gehört die Zukunft.

Die politische „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften. Wenn die sogenannten „freien“ Gewerkschaften auf den Mitgliederfang gehen, dann können sie sich nicht genug tun in der Betonung der angeblichen Tatsache, daß in ihren Reihen Platz für alle, ohne Rücksicht auf das politische Glaubensbekenntnis sei. Sie weisen es in der Regel als Verächtlichung zurück, wenn man sie als Seiten- oder Hilfsorganisation der sozialdemokratischen Partei anspricht. Haben sie aber erst die Mitglieder, dann betrachten sie es als ihre oberste Aufgabe, die Gewerkschaftskollegen zu richtigen Parteigenossen zu erziehen, und tatsächlich gehen ja auch bei allen Anlässen Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften Hand in Hand. So eifrig aber die Gewerkschaften in dem Bestreben, schwache Genossen zu erziehen, auch sind, die Partei stellt an sie immer höhere Anforderungen nach dieser Richtung. So wurde auch auf dem jüngsten sozialdemokratischen Vortag in Nürnberg den Gewerkschaften teilweise der Vorwurf gemacht, daß sie zu wenig für die Ausbreitung der Parteipresse tätig gewesen seien. Einer der Diskussionsredner, welcher die Gewerkschaften von dieser Schuld reinzuwaschen suchte, hat nun ganz unverblümt die Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaften betont. Bischer-Abschaffenburg meinte nämlich (laut „Fränk. Tagespost“ Nr. 193 vom 19. August 1913):

„Es geht nicht an, die Gewerkschaften als Karnickel zu betrachten, die daran schuld seien, wenn es nicht vorwärts geht, wie wir es möchten, aber worauf es ankommt, das ist die Tatsache, daß wir noch Gewerkschaften haben, die auf das Wörtchen „Neutralität“ noch ein viel zu großes Gewicht legen.“

Also die Sozialdemokratie hat noch Gewerkschaften, die auf das „Wörtchen“ Neutralität noch Gewicht legen. Die Mehrzahl aber hat sich das jedenfalls schon längst abgewöhnt und die anderen werden gezwungen, zu folgen. Wirklich: darauf ist es angekommen, daß dies einmal klipp und klar ausgesprochen wurde!

Sozialdemokratische Bildungsarbeit. Auch für diese hat die Sozialdemokratie eine eigene Organisation geschaffen. Sie besteht aus örtlichen Bildungsausschüssen, denen als Oberbau die Kreis- und Bezirksbildungsausschüsse angegliedert sind. An der Spitze des gesamten Bildungswesens steht der Zentralbildungsausschuß. Wie in der Jugendbewegung, so tritt auch im Bildungswesen die enge Verquickung von Partei und Gewerkschaften in die Erscheinung. Von den 364 örtlichen Bildungsausschüssen, die an den Zentralbildungsausschuß berichtet haben, sind nicht weniger als 287 von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam ins Leben gerufen. Auch die etwa nötigen Zuschüsse werden von Partei und Gewerkschaften gemeinsam aufgebracht. In 331 Orten betrug die Gesamteinnahme der Bildungsausschüsse 761202,42 M., die Gesamtausgaben 732479,98 M. Von den erforderlichen Zuschüssen haben aufgebracht die Partei 55653,90 M. und die Gewerkschaften 60777,97 M. 12893,35 M. wurden von den Konsumvereinen und von „anderer Seite“ gestiftet. Diese Tatsachen zeigen wieder einmal klar und deutlich, daß die angebliche Neutralität der „freien“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Konsumvereine lediglich eine Farce ist.

Ueber die Tätigkeit der Bildungsausschüsse werden folgende Angaben gemacht: In 215 Orten wurden 420 Vortragskurse mit 2519 Vorträgen vor 44146 Teilnehmern gehalten. Die gehaltenen Vorträge erstreckten sich auf nachstehende Gebiete des Wissens: Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, allgemeine Geschichte, Parteigeschichte, Literatur und Kunstgeschichte, Sozialismus, Erfurter Programm, Politik, Verfassung, Bürgerliche Parteien, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sozialpolitik, Rechts- und Gesetzlehre, Naturwissenschaft, Erziehung, Rede und Stillehre, Elementarfächer, Technik. Wissenschaftliche Einzelvorträge fanden in 188 Orten insgesamt 699 statt,

davon 188 mit Lichtbildern. Die Vorträge waren von 117962 Teilnehmern besucht. Führungen durch Museen und industrielle Unternehmungen fanden in 39 Orten deren 67 und künstlerische Veranstaltungen in 254 Orten deren 668 statt. Wissenschaftliche Wanderkurse fanden 206 mit 941 Vorträgen vor 29836 Teilnehmern, darunter 4745 Frauen, statt. Die Vorträge erstreckten sich auf dieselben Gebiete des Wissens, die wir oben schon bei den Vortragskursen erwähnt haben. Der Zentralbildungsausschuß hat endlich auch einen Wegweiser für Bibliothekare herausgegeben und ist der Schaffung einer Leihzentrale für Lichtbilder nähergetreten. Diese soll bis zum nächsten Herbst schon in Benutzung genommen werden.

Alles in allem eine rege Tätigkeit. Für uns muß das ein Ansporn sein, ebenfalls noch mehr wie bisher die uns in den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Bildungsmöglichkeiten auszunutzen und diese selbst noch auszubauen. Anregungen und Vorschläge hierfür enthält u. a. auch der vorjährige Geschäftsbericht unseres Verbandes.

Terrorismus — Konsumvereinsneutralität. An einem Neubau der sozialdemokratischen Konsumvereinsgenossenschaftsbäckerei in Hannover-Wülfel war ein christlich organisierter Bauarbeiter, der selbst seit sieben Jahren Mitglied des Konsumvereins ist, entlassen worden, weil laut bestehendem Vertrag nur Mitglieder sozialdemokratischer Verbände an dem Neubau beschäftigt werden dürfen. Als dieser Vorgang in der Presse öffentlich kritisiert wurde, hat die Geschäftsleitung des Konsumvereins die Sache einzurenten versucht. Außerhalb Hannovers hat dann die sozialdemokratische Presse (u. a. „Krefelder Volkstribüne“ Nr. 166, 1913) in dreifacher Weise diesen Terrorismusfall und die Neutralitätsverletzung abzuleugnen versucht. Wie bei dieser Ableugnung die Tatsachen vergewaltigt wurden, verbietet sich festzustellen zu werden. Da wurde zunächst eine Vertuschung veröffentlicht, die dem entlassenen Arbeiter wohl vorgelegt, aber von ihm entschieden abgelehnt worden war. Dann wurde ein Passus aus dem Beitrag an dem Genossenschaftsneubau veröffentlicht in folgender Form: „Zur Ausführung der Arbeiten dürfen nur Gesellen und Arbeiter beschäftigt werden, welche einer gewerkschaftlichen Organisation und dem Konsumverein Hannover-Wülfel als Mitglied angehören.“ In Wirklichkeit lautet die betreffende Bedingung für die bauausführenden Unternehmer aber folgendermaßen: „Zur Ausführung der Arbeiten dürfen nur Gesellen und Arbeiter beschäftigt werden, welche einer freigewerkschaftlichen Organisation angehören.“ Das entscheidende Wörtchen „frei“ ist mithin in dem Ableugnungsversuch der sozialdemokratischen Presse einfach untergeschlagen und der weitere Passus bezüglich der Mitgliedschaft im Konsumverein hinzugefügt worden. So wird dreist drauf los gefächelt, um die sozialdemokratischen Terroristen reinzuwaschen und die Gegner ins Unrecht zu setzen.

Aus unserer Industrie.

Konjunktur und Arbeitsmarkt, mit besonderer Berücksichtigung unserer Textilindustrie.

Der Niedergang in unserm Wirtschaftsleben findet in folgenden beiden Tatsachen seine Begründung: in dem Balkankrieg, der gerade ausbrach, als die Konjunktur einen noch nie dagewesenen Aufschwung gebracht hatte, und in der Versteifung des Geldmarktes, die doch selbst wieder eine Folge der Hochkonjunktur mit ihrem starken Kapitalbedarf ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß der Krieg durch die Unterbindung der Ausfuhr nach den Balkanländern besonders unserer Industrie schweren Schaden gebracht hat, so muß doch betont werden, daß er nur unter besonderen Verhältnissen einen solchen Einfluß auf unser gesamtes Wirtschaftsleben gewinnen konnte. Schon in weiten Kreisen hatte sich die Ueberzeugung festgesetzt, daß ein

Umschwung der Konjunktur unvermeidlich

sei. Diese eigentümliche pessimistische Stimmung, die so außerordentlich ansteckend ist und das Wirtschaftsleben mehr beeinflusst als eine wirtschaftliche Erscheinung, wurde durch den ausbrechenden Balkankrieg in ihrer Meinung bestärkt. Wenn nun auch die Börse, der die Stimmung alles ist, noch längere Zeit an dem Glauben eines raschen Kriegsendes festgehalten hat und in der Beurteilung der politischen Verhältnisse oft einen fast unermesslichen Optimismus gezeigt hat — schließlich war die Ueberzeugung und damit die Tatsache von einer rückläufigen wirtschaftlichen Bewegung in die weitesten Kreise gedrungen. Gerade die Börse hat darunter recht schwer zu leiden. Zwar kann von einer schwachen Tendenz kaum gesprochen werden — die Papiere sinken nicht oder nur unbedeutend im Kurse —, aber der Kreis der Käufer ist ein kleiner. Man hat jetzt eine gewisse Scheu vor den Spekulationspapieren, die wohl einen großen Gewinn, aber auch eben solchen Verlust bringen können, und wendet sich eher den festverzinslichen Werten zu — Staatspapieren, deren Markt in der letzten Zeit entschieden günstiger geworden ist. Man hat auf den endlichen

Frieden zwischen den kriegführenden Ländern

große Hoffnungen gesetzt. Nun, da er Tatsache geworden ist, ging er scheinbar fast spurlos vorüber. An der Börse hat sich das Geschäft nicht belebt, andere Sorgen halten sie jetzt in Atem — das endliche Schicksal Adrianopels, die Wirren in China und Mexiko, die Lage unserer Industrie, die Verfassung des Geldmarktes usw. Daß der Friede nicht sofort auf die Industrie einen belebenden Einfluß ausüben konnte, durfte eigentlich jedem klar sein. Die

Kaufkraft der Bevölkerung der kriegsführenden Länder hat sicherlich abgenommen, die Sicherheit des Geschäftsvorverkehrs ist durch die Verlängerung der Moratorien auch nicht gerade gehoben worden. Ein vorläufiger günstiger Einfluss des Friedens auf den Geldmarkt wird in nächster Zeit kaum zu konstatieren sein. Im Gegenteil: die Türkei und die Balkanstaaten werden mit Anleiheforderungen hervortreten, denen sich Deutschland, schon aus politischen Gründen, kaum ganz entziehen wird. Die von uns das letztmal berichtete Erleichterung des Geldmarktes hat nicht lange angehalten. Mitte August kam eine neue Versteifung, die den Privatdiskont wieder über 5 Prozent trieb. Ob unter diesen Umständen auf eine baldige Ermäßigung des Reichsbankdiskontsatzes gebacht werden kann, ist trotz des günstigen Standes der Reichsbank nicht wahrscheinlich.

Es kann nicht geleugnet werden, daß in unserm Wirtschaftsleben

einige eigentümliche Widersprüche

herrschen. Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr der Eisenbahnen sind im Juli gewaltig gestiegen, nachdem der Juni einen Rückgang gebracht hatte. Die Kohlenförderung und der Kohlenabsatz weisen ebenso wie die Roheisenproduktion steigende Ziffern auf — alles Erscheinungen, die der Behauptung von einem Rückgang der Konjunktur widersprechen. Demgegenüber steht aber der Preissturz der meisten Produkte aus der weiterverarbeitenden Industrie und eine weitgehende Zurückhaltung der Verbraucher. Die Lage der Textilindustrie insbesondere weist gegen unsern letzten Bericht kaum eine Veränderung auf — die Klagen der Baumwollindustrie sind nur noch stärker geworden, und bereits hört man den in der Zeit der Hundstage immer wieder auftretenden Vorschlag einer internationalen Betriebseinschränkung. Die günstigen Berichte über den Ausfall der Baumwollenernte sind in ihrer Wirkung eigentlich ungünstig für die Industrie, denn die Garnerbraucher halten mit ihren Aufträgen zurück, da sie auf weitere Preisermäßigungen hoffen.

Den schärfsten und auch traurigsten Gegenbeweis gegen alle die Erscheinungen, die auf eine Besserung der Konjunktur schließen lassen, bringt die Verfassung des Arbeitsmarktes. Wir müssen leider konstatieren, daß sie gerade

in der Textilindustrie

sich im Juli gegen den Vormonat erheblich verschlechtert hat, und zwar der männliche Arbeitsmarkt in viel stärkerer Maße als der weibliche. Die Verschlechterung trifft zu aber auch gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres und zwar in fast erschreckender Weise. Das stark vermehrte Angebot an Arbeitskräften läßt auf Arbeiterentlassungen in weiterem Umfange schließen. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche im

	Januar		Februar		März		April	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Männlich	123	135	118	134	110	188	112	123
Weiblich	84	110	80	106	84	112	95	127

	Mai		Juni		Juli	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Männlich	118	127	105	129	112	167
Weiblich	90	117	103	118	89	127

Während im Juni auf 100 offene Stellen 129 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter kamen, waren es im Juli 157. Ist schon diese Vermehrung sehr stark, so noch mehr, wenn wir den Juli des Vorjahres zum Vergleich heranziehen, denn da betrug die Zahl der Arbeitsgesuche nur 112! Der weibliche Arbeitsmarkt hat sich gegen den Vormonat wenigstens nicht ganz so ungünstig gestaltet. Zwar fiel das Angebot von 118 auf 127; aber die Vermehrung ist gering, wenn wir die gegen den Juli 1912 betrachten, wo auf 100 offene Stellen nur 89 Arbeitsgesuche kamen.

Bei 743 Arbeitsnachweisen (im Juni 778), die an das Reichsarbeitsblatt berichteten, gingen insgesamt ein:

	Juni		Juli	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Arbeitsgesuche	2358	1692	2322	1780
Offene Stellen	1821	1344	1483	1401
Vermittelte	1559	1168	1257	1264

Die Zahl der Arbeitsgesuche für männliche Arbeiter ist annähernd gleich geblieben, dagegen hat die Zahl der offenen Stellen einen Rückgang von 1821 auf 1483 gebracht — ein offensichtlicher Beweis von der verminderten Nachfrage, der durch den starken Rückgang der vermittelten Stellen noch besonders illustriert wird.

Bei den Arbeiterinnen

hat auch das Angebot von Arbeitskräften stark zugenommen, um 188 ist die Zahl der Arbeitsuchenden gestiegen. Allerdings steht dieser ungünstigen Erscheinung eine Vermehrung der Nachfrage um 57 gegenüber, die jene aber nicht ausgleichen kann. Auch die Zahl der Vermittlungen hat um 87 zugenommen. Als Resultat ergibt sich aber doch: dem vermehrten Angebot steht keine entsprechende Nachfrage gegenüber.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit

wird ungünstig beeinflusst durch die Papierindustrie, die Leder- und Holzindustrie und die Bautätigkeit. Während in früheren Jahren der Juli der eigentliche Baumonat war, fielen in diesem die Bautätigkeit fast ganz. Das teure Geld, das außerdem nur schwer beschafft werden kann, regt nicht zum Bauen an. Die geringe Bautätigkeit ist auch die Folge der erschreckenden Arbeitslosenzahlen in manchen Großstädten. Besonders schlecht sind die Verhältnisse im Baugewerbe gegen den Juli des Vorjahres. Auf die schon oben angegebene Anzahl von Arbeitsnachweisen entfallen im

	Juni		Juli	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Arbeitsgesuche	413 000	85 000	413 000	85 000
Offene Stellen	246 000	84 000	236 000	82 000
Vermittlungen	211 000	51 000	203 000	60 000

Die Verschlechterung gegen den Vormonat ergibt sich nicht aus der Vermehrung der Arbeitsgesuche, deren Zahl gleich geblieben ist, wohl aber aus einer

Verminderung der Nachfrage,

die bei männlichen Arbeitern 10 000 und bei weiblichen 2000 beträgt. Auch die Vermittlungen weisen einen starken Rückgang auf: 8000 bei männlichen und 1000 bei weiblichen Arbeitern. Bei Betrachtung der Verhältniszahlen ergibt sich folgendes Bild. Auf 100 Stellen kommen Arbeitsgesuche im

	Januar		Februar		März		April	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Männlich	192	191	178	190	145	168	150	160
Weiblich	109	98	88	91	84	87	92	96

	Mai		Juni		Juli	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Männlich	153	166	146	168	140	174
Weiblich	97	100	101	101	97	108

Der Arbeitsmarkt der Arbeiterinnen hat nach diesen Zahlen keine wesentliche Veränderung erlitten. Auch der männliche Arbeitsmarkt hat sich gegen den Vormonat nur wenig verschlechtert. Anders allerdings, wenn wir die Zahlen des Juli 1912 betrachten. Kommen doch hier auf 100 offene Stellen nur 140 Arbeitsgesuche und im Juli d. J. 174.

Ich möchte diesen keineswegs erfreulichen Bericht nicht schließen, ohne auf einen Umstand hinzuweisen, der gerade die Textilindustrie zu einigen Hoffnungen berechtigt. Unsere heimischen Ernten sind durchweg gut ausgefallen. Die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird dadurch entschieden gestärkt, und diese Stärkung kommt erfahrungsgemäß der Textilindustrie vor allem zugute. Möge sie einen Ausgleich für die vielen Verluste bringen!

Der Seidenbau in Deutschland.

Nachdem im Mittelalter in Frankreich der Seidenanbau gelungen war und in Frankreich daraus eine Luxusindustrie entstanden war, die Tausenden von Arbeitern, Kaufleuten und anderen Gewerblenten Beschäftigung und Verdienst gab, war man auch in Deutschland bemüht, die Seidenproduktion einzuführen. Zuerst geschah dies wohl nicht mit allzu großem Geschick, aber nach und nach wurden auch in Deutschland in der Seidenzucht Erfahrungen gesammelt, und die Seidenzucht kam vorwärts. Als einer der ersten, der der Seidenzucht eine besondere Aufmerksamkeit zuwandte, muß der große Feldherr Wallenstein genannt werden, der sich auch noch auf seinen Feldzügen um die Seidenzucht auf seinen Gütern kümmerte. So schrieb Wallenstein einmal an seinen Wirtschaftsinспекtor auf seinem Gute in Gitschin: „(Ihr) müßt schauen, wie alle Artes auf Gitschin interduziert (eingeführt) werden von Seiden- und Wollarbeiten; ehe die Maulbeerbäume groß geworden, so kann man Seda cruda aus Böhmen kommen lassen.“ Schon am Ende des 16. Jahrhunderts hatte sich auch eine Tochter Joachims II. von Brandenburg eine Seidenzucht angelegt, und zu derselben Zeit bestand in Rathenburg am Tauber eine von einem Dr. Diebaur eingerichtete Seidenzucht, die einen ziemlich guten Ertrag abwarf. Zu Anfang des 17. Jahrhunderts war auch vom Herzog von Württemberg eine Seidenzucht angelegt worden.

Der dreißigjährige Krieg, der für Deutschland so ungeheures Elend brachte, der so viele Werte vernichtete und die Bevölkerung stark dezimierte, machte auch vorläufig einen weiteren Fortschritt im Seidenanbau unmöglich. Vielleicht war damals die Seidenzucht in Deutschland schon weiter verbreitet, als wir jetzt anzunehmen geneigt sind, aber die meisten dieser Anlagen zur Seidenzucht gingen jedenfalls während der langen Kriegsdauer ein, sodaß nachher in der Hauptsache wieder von vorn begonnen werden mußte. Immerhin scheint namentlich in Bayern die Seidenzucht bald wieder Fortschritte gemacht zu haben; denn um das Jahr 1670 existierte in diesem Lande bereits eine Vereinigung der Seidenanbauer, was immerhin auf eine ziemliche Ausbreitung der Seidenzucht schließen läßt. Stärker wurde dann der Seidenanbau angeregt, als die Hugenotten und Waldenser aus Frankreich vertrieben wurden und sich massenhaft in verschiedenen Gegenden Deutschlands niederließen. So wurde die Seidenzucht in Württemberg, Bayern, in der Pfalz und in Sachsen eingeführt, weiter verbreitet und auf eine höhere Stufe gehoben.

Die größte Unterstützung fand aber die Seidenzucht in Preußen durch Friedrich II., der nicht nur französische, sondern auch italienische Seidenzüchter heranzog und sie eifrig unterstützte. Namentlich in der Provinz Brandenburg breitete sich die Seidenzucht unter Friedrich II. rasch aus. Hauptstützen waren es die Geislichen auf den brandenburgischen Dörfern, die sich damals der Weiterentwicklung der Seidenzucht widmeten. Friedrich II. richtete auch in Berlin ein Zentralbureau ein, das sich speziell mit der Seidenzucht und der Verarbeitung der Seidenstoffe zu beschäftigen hatte. Nach einer Statistik, die im Jahre 1773 aufgenommen wurde, gab es in Preußen 653 000 Maulbeerbäume, die sich im Jahre 1780 auf 751 000 vermehrt hatten; im gleichen Zeitraum war die Seidenproduktion in der Provinz Brandenburg von 3000 auf 5600 Pfund gestiegen, davon rührte beinahe die Hälfte von brandenburgischen Geistlichen her. In den anderen Provinzen soll damals die Produktion an Seide jährlich gegen 7000 Pfund betragen haben. Gleichzeitig mit dem Seidenanbau entwickelte sich in Preußen die Seidenweberei; namentlich in Berlin war diese Seidenweberei damals ziemlich stark. So wird aus dem Jahre 1781 berichtet, daß in Berlin 2316

Seidenstühle stehen. Ob diese Seidenweber alle nur Seide verarbeitet haben, die in Preußen produziert war, ist freilich sehr unwahrscheinlich. Ebenfalls für das Jahr 1781 wird der Export Preußens an Seidenwaren auf 1 157 045 Taler angegeben. Nach dem Tode Friedrichs II. ging die Seidenzucht in Preußen zurück. In den vierziger Jahren wurden dann zwar verschiedene Versuche gemacht, die Seidenzucht wieder zu heben, aber der Erfolg war doch recht gering, und ebenso waren die Versuche in den anderen deutschen Staaten, die Seidenzucht wieder mehr zu kultivieren, recht wenig erfolgreich. Für eine Seidenzucht in größerem Umfange dürften eben in Deutschland noch die Voraussetzungen fehlen, und es ist kaum zu erwarten, daß Seide, die in Deutschland produziert wird, mit der Seide anderer Länder konkurrieren kann.

Aus dem Verbandsgebiete.

Bekanntmachung der Zentralstelle!

In Sachen der Volksversicherung ist an die Ortsgruppen ein Flugblatt versandt worden, das auch an Nichtverbandsmitglieder verteilt werden soll. Ueber die Einführung der Volksversicherung wird in den bevorstehenden Bezirkskonferenzen die erforderliche Aufklärung gegeben werden.

Aus unseren Bezirken.

Christlich-nationaler Arbeitertag für den Aachener Industrie-Bezirk.

Schweizer, die Stadt des Eisens, sollte am 31. August Zeuge einer überaus machtvollen und begeisterten Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sein. Die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine des Industriebezirks des Regierungsbezirks Aachen veranstalteten unter zahlreicher Beteiligung der benachbarten Vereine, unter denen die aus der Dürener Gegend besonders stark vertreten waren, einen christlich-nationalen Arbeitertag, der eine Musterung der Stärke und Kundgebung des Willens der christlichen Gewerkschaften sein sollte. Zugleich wollte die christliche Arbeiterschaft der Öffentlichkeit kund tun, daß ihre Bestrebungen getragen sind von echt christlich-nationalem Geiste und daß dieser Geist ihr Ziel und Richtschnur ist in der geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Hebung des Arbeiterstandes.

Ein freundliches „Willkommen“ winkte den nach Tausenden zählenden Arbeitern, die vielfach in stark besetzten Sonderzügen eintrafen, in den Straßen der Stadt, die reichen Flaggenschmuck aufwies; mehrere Triumphbögen fügten sich wirkungsvoll in den Schmuck ein, der besonders reich am Eingang zur Festwiese vertreten war. Hier prangte in weit leuchtenden Buchstaben der Gruß: „Gott segne die christliche Arbeit!“ Schon vor 2 Uhr zogen die Vereine zur Auf-

Festzuges

nach der Birtfelder- und Burgstraße. Immer neue Scharen rückten heran, voran die Fahne, eine Musikkapelle oder ein Trommlerkorps. Gegen 3 Uhr, als der Aachener Arbeiterverein in langem, langem Sonderzug eingetroffen war, konnte sich der städtische Zug in Bewegung setzen. Eine Gruppe schmuckgekleideter Radfahrer bildete die Spitze, der sich ein Trommlerkorps und die städtische Musikkapelle anschlossen. Als erste der sechs Gruppen folgten nun die Frauen und Mädchen in einer ganz gewaltigen Zahl. Es war ein erhebender Anblick, gerade diese Gruppe so städtisch vertreten zu sehen; bekundeten die Arbeiterinnen doch dadurch, daß auch sie die Zeichen der Zeit zu deuten verstehen und gewillt sind, Schulter an Schulter mit den Arbeitern zu kämpfen für die Ideale der christlichen Arbeiterschaft. Weiter bestand der Zug noch aus fünf Hauptgruppen in folgender Reihenfolge: gemischte Berufe, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Turner und Sänger. Jede Gruppe zerfiel in zahlreiche Unterabteilungen, die durch geschmackvoll ausgestattete Zugbilder näher bezeichnet wurden. Die einzelnen Ortsvereine gingen also nicht geschlossen mit, sondern schlossen sich ihrer Berufsgruppe an. Daher waren die Fahnen zu Gruppen vereinigt und an die Spitze einer jeden Gruppe gestellt; 29 Fahnen verliehen dem Festzug ein glanzvolles Gepräge, während 8 Musikkapellen und mehrere Trommlerkorps für den richtigen „Takt“ sorgten. Der Festzug vollzog sich in musterhafter Ordnung trotz der 8-9000 Teilnehmer. Am stärksten war die Gruppe der Metallarbeiter mit über 1200 Mann vertreten. Der Stärke nach wären dann zu nennen die Textil-, Bergarbeiter- und Graphische Gruppe. Ganz Schweizer war auf den Weinen, um sich an der begeisterten Kundgebung zu erfreuen. Leider hielt das Wetter, das bereits den ganzen Tag gedroht hatte, nicht stand. Noch ehe der Zug nach halbstündigem Umzug die Festwiese erreicht hatte, öffnete der Himmel seine Schleusen und sandte gar böse „Nassauer“ auf tausende Regenschirme nieder. Durch das Regenwetter mußten nun manche Programmänderungen vorgenommen werden.

Auf der Wiese sollte ein großes

Wiesenfest

stattfinden. Vier Rednertribünen waren errichtet, und von hier aus sollten vier Redner zu gleicher Zeit zu den einzelnen Gruppen über verschiedene Fragen sprechen. Wohl war ein Rednerzelt errichtet, das gegen 1000 Personen faßt; allein für die veränderte Lage reichte es nicht hin; denn trotz der ungünstigen Witterung harrten die wackeren Arbeiter und Frauen auf dem Platze aus, ein Beweis

für die Begeisterung, von der die Veranstaltung getragen war. In dieser Begeisterung entzündete sich auch die der Redner und so bestieg er durch seine Verehrtheit bekannte Herr Dr. Sonnenschein trotz des Regens die Rednertribüne im Freien, um über „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im öffentlichen Leben“ zu sprechen. Mit überzeugender Beweisführung kennzeichnete er die Ziele der „gelben Gewerkschaften“, der „freien Gewerkschaften“ und schließlich als notwendige Schlussfolgerung die eminente Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die allein die Interessen der Arbeiterschaft so vertrete, wie der christliche Arbeiter es wünscht. Ueber eine Stunde fesselte der Redner die Massen, und als er mit der Aufforderung schloß, den hohen Idealen treu zu bleiben, da brachte ein nicht endenwollender Beifallssturm die Zustimmung der Zuhörer begeistert zum Ausdruck.

Gewerkschaftssekretär Carl Schmitz redete ebenfalls draußen und zwar über „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Auch dieser Redner verstand es, dank seiner beweiskräftigen Ausführungen, die Zuhörer zu erwärmen für die christlichen Gewerkschaften. Ost erbrauste der Beifall über den Platz hin, namentlich am Schlusse der vortrefflichen Rede.

In dem Nebenzelte hielt Gewerkschaftssekretär Michel-Stolberg zunächst eine Begrüßungsansprache, in der er im Namen der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine alle herzlich willkommen hieß und für die überaus stattliche Beteiligung an dem Festzuge, der den Reib gewisser Leute, die der gewaltigen Kundgebung zugeschaßt, hervorgerufen habe. Dann erteilte er das Wort der Kollegin Franziska Harber-Düsselberg zu einem Vortrage über

Die Stellung der Frau in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Sie führte im wesentlichen folgendes aus.

Wer die Frauen hat, der hat die Zukunft! Dieses neuzeitliche Sprichwort ist für die christlich-nationale Arbeiterbewegung von weittragender Bedeutung. Denn ihre Zukunft ist zu einem großen Teil von der Stellung abhängig, welche die Frauwelt der Arbeiterkreise einnimmt. (Sehr richtig.) Diejenigen Frauen werden die richtige Stellung gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einnehmen, welche sich zunächst im wirtschaftlichen Leben zurecht gefunden haben; welche ferner den Wert der wirtschaftlichen Organisation beurteilen gelernt haben und die folglich ihrer Ueberzeugung gemäß handeln. Im wirtschaftlichen Leben unserer Zeit ist die Erfahrung eine tüchtige Lehrmeisterin. Und jene Wahrnehmungen, welche die Lohnfrage betreffen, prägen sich der Hausfrau zunächst ein. Ihre Haushaltskunst ist geübt, wenn das Fundament, des Mannes Verdienst, den heutigen gesteigerten Preisen entspricht. Trifft das nicht zu, so muß die Mehrzahl der Frauen zu der Frage kommen: Warum steigen die Löhne nicht? Wie schwer drückt auch ein Wechsel der Lohnverhältnisse oder gar ein Rückgang! Dabei sieht die Gattin und Mutter die Anstrengung ihrer Lieben, durch große Leistungen und lange Arbeitszeit hervorgerufen. Vielfach muß die Frau auch wahrnehmen, daß die Gesundheit ihrer in der Fabrik arbeitenden Angehörigen bedroht ist. Und wieder fragt sie: Warum kann da nicht geholfen werden? Auch die Klagen der Angehörigen über schlechte Behandlung veranlassen die Frau zu solchen Aeußerungen. Deutlicher und zahlreicher sind schon die Eindrücke, welche die Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen, bekommen, die selbst in der Fabrik sind. Sie sind noch schutzloser und schwächer, als die Arbeiter. Und ihnen tut sich im Wirtschaftsleben eine neue Welt auf; vielfach eine solche mit ungerechten Lohnverhältnissen; ja es wird nicht selten aus der Arbeiterin eine Konkurrentin der Männer gemacht. Die Arbeiterin sieht und empfindet oftmals persönlich die schweren gesundheitlichen Schädigungen, welche seltener durch die Arbeit an und für sich, sehr oft dagegen durch unhygienische Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden.

Deshalb ertönt auch aus Arbeiterinnenkreisen der Ruf: Wer schafft Abhilfe? Wie kann es besser werden? Die Frauwelt soll sich die Frage beantworten: Welche Arbeiterorganisation ist die richtige? Welcher wirtschaftlichen Organisation können sich christlich denkende Arbeiter und Arbeiterinnen anvertrauen? Hier kann nicht mehr die Erfahrung zur rechten Antwort verhelfen. Es muß vielmehr eine zielbewußte Führung kommen, den Frauen Wegweiser zu sein. Die konfessionellen Arbeitervereine wenden sich an die Frauen, die Arbeiterinnenvereine behandeln notwendige Standesfragen, die Vereinszeitungen nennen die richtigen und auch die falschen Wege. Auch die Tagespresse, soweit sie auf christlichem Boden steht, gibt über den Wert und Unwert wirtschaftlicher Organisationen Aufschluß. Ueber welche Organisationen muß die Frauwelt der Arbeiterkreise Bescheid wissen? Zunächst über die

gelben Werkvereine.

Sie empfehlen sich mit niedrigen Beiträgen, mit schön aussehenden Leistungen, mit ihrer „wirtschaftsfriedlichen“ Organisation. Die Frau und die Arbeiterin aber muß in den gelben Vereinen Gebilde sehen, welche mit Unternehmers Günst und Geld geschaffen sind zu dem Zweck, eine unselbständige, recht- und wehrlose Arbeiterschaft zu bekommen. Darum hat das materielle Wohl der Familie keine Förderung, sondern vielfach eine Gefährdung durch diese Vereine zu erwarten. Beispiele sind dafür viele vorhanden. Deshalb gebührt den Gelben eine energische Abjage. (Sehr richtig.) Auch die

„freien Gewerkschaften“

ihren Hand in Hand mit der Sozialdemokratie neue Anhängerinnen. Kann die christlich denkende Frau, die Arbeiterin, dieser Organisation freundlich gesinnt sein? Nein. Sie predigt ja den Klassenkampf und Klassenhaß, den Kampf gegen die heutige Gesellschaft, die nationale Ge-

sinnung, den Kampf auch gegen die Religion, die christliche Weltanschauung. Die christlichen Frauen und Arbeiterinnen wollen nicht dem modernen Zeitgeist hulldigen. Darum dürfen sie die materiellen Interessen der Familie auch nicht von einer Organisation vertreten lassen, die dem modernen Zeitgeist hulldigt. (Sehr richtig.) Es nähert sich auch die

Hirsch-Dundersche Gewerkschaft

den Frauen. Sie will sich beliebt machen durch hohe Unterstützungen, dann durch den Hinweis, daß sie die einzige „neutrale“ Organisation wäre; auch sei sie Gegnerin der Sozialdemokratie. Und doch wird die christliche Frau und Arbeiterin diese Organisation ablehnen. Warum? Weil sie keine Macht im Wirtschaftsleben bedeutet; ferner weil es mit der „Neutralität“ längst nicht stimmt, und letzten, weil die Hirsch-Dundersche Richtung keine Ideale kennt, die im Kampf mit der Sozialdemokratie gewichtig genug wären. (Lebhaftes Sehr richtig!) Noch eine Richtung findet die Frauwelt unter den wirtschaftlichen Organisationen die

christlichen Gewerkschaften.

Diese vereinigen katholische und evangelische Arbeiter und Arbeiterinnen. Ihr Zweck ist, der Arbeiterschaft im heutigen Wirtschaftsleben ein Mitbestimmungsrecht zu erringen. Auch soll der Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften gebrochen werden. Die christliche Gewerkschaft ist der wirksamste Schutz gegen die religiöse Verhöhnung und der parteipolitischen Zwang der „freien“ Gewerkschaften. Die praktische Gewerkschaftsarbeit ist auf den Grundsätzen des Christentums aufgebaut. So bietet die christliche Gewerkschaft die einzig zuverlässige Stütze, Hilfe und Führung im Wirtschaftsleben und im Betriebe der Organisationen. Darum kann die christliche Frauwelt im wohlverstandenen eigenen Interesse der Familie, der Kinder und im Interesse des Arbeiterstandes überhaupt der christlichen Gewerkschaft nicht gleichgültig gegenüberstehen, die 400 000 Mitglieder zählt.

Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften ist, die Lohnverhältnisse der Industriearbeiterschaft zu heben

oder vor Verschlechterung zu wahren. Daß diese Aufgabe gelöst wird, beweisen die Erfolge der christlichen Gewerkschaften. Sie haben den Hausfrauen schon viele Millionen Mark an Lohnerhöhungen gebracht; auch Unterstützung nach Tausenden. Sie zahlten 1905—1912 14 Millionen Mark Unterstützungen. Die Frau als Gattin und Mutter hat an der christlichen Gewerkschaftsarbeit viel Interesse. Erstreckt sich doch das Aufgabengebiet auch auf die Beseitigung ungünstiger Arbeitsverhältnisse. Ein Fortschritt bezüglich Arbeitszeit, gesundheitsdienlicher Fabrikräume, geschlechtlichen Schutzes und gerechter Behandlung ist vom Wirken der christlichen Gewerkschaften abhängig. Die christliche Arbeiterfrau soll bedenken, daß die religiöse Lebensauffassung ihrer erwerbstätigen Angehörigen in der christlichen Gewerkschaft geschützt bleibt. Sie braucht keine Furcht zu haben, daß die Jugend vom ungläubigen Zeitgeist bedroht wird, wie in den „freien“ Gewerkschaften. Die christliche Arbeiterin selbst hat das größte Interesse, daß auch ihr im Wirtschaftsleben geholfen wird. Für sie kommen nicht nur Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht, sondern auch die Frage nach den sittlichen Gefahren im Betriebe und deren Beseitigung. Auch nach dieser Richtung hat die christliche Gewerkschaft beachtenswerte Erfolge aufzuweisen. (Bravo!) So ergibt sich für die christliche Frauwelt — ob erwerbstätig oder nicht —

die Pflicht, eine entschiedene Stellung für die christlichen Gewerkschaften einzunehmen.

Eine solche Stellung ist umso leichter, weil die christliche Gewerkschaftsbewegung den Frauen alles bietet, was eine moderne Gewerkschaft bieten muß. Das materielle Wohl der christlichen Familie ist geborgen, die christlichen Ideale geschützt. Dieser Ueberzeugung gemäß sollten auch alle christlich denkenden Frauen und Mütter, alle Arbeiterinnen handeln. (Sehr wahr!) Wenn es um die Förderung der christlichen Gewerkschaft geht, können die Frauen in erster Linie behilflich sein. Schon dadurch, daß sie alle ihre Angehörigen, die bereits in konfessionellen Vereinen sind, in die christliche Berufsorganisation weisen. Die Beitragscheu muß da energisch abgefreist werden. Die christliche Gewerkschaftszeitung soll in der Familienlektüre einen bevorzugten Platz einnehmen. Die Frau und Mutter kann zum Besuche der Gewerkschaftsversammlungen fleißig anregen. Daß sie selbst mit dem Manne oder der Tochter zur Versammlung kommt, ist nicht unweiblich. Auch der Nachbarin kann die gewerkschaftlich organisierte Hausfrau wertvolle Fingerzeige geben. Und schließlich wird die verständige Mutter den Gatten, den Sohn und auch die Tochter im Kampfe mit der Sozialdemokratie zum Festhalten an der christlichen Weltanschauung aufmuntern können. Die gefestigte Stellung der Frauwelt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist ein Apostolat. Möchten alle Frauen in Stadt und Land das erkennen, auch alle Arbeiterinnen. Dann würden reichlicher wie bisher die Früchte der christlichen Gewerkschaftsarbeit den Familien zukommen. Dann würde die christlich-nationale Arbeiterbewegung — konfessionelle und christliche Gewerkschaften zusammen — ein wirksames Bollwerk sein gegen die mächtige Sozialdemokratie. An den Frauen liegt es, über die Zukunft zu entscheiden. Zum langen Besinnen ist jedoch keine Zeit. Darum auf, christliche Frauwelt, sei eine entschiedene Förderin der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. (Lebhaftes Beifall und Händeklatschen.)

Gewerkschaftssekretär Michel dankte der jugendlichen Rednerin in aller Namen für die warmherzigen, klaren und überzeugenden Ausführungen und erteilte dann das Wort Herrn Dr. Nieder-M. Glabbach, der über „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und Kultur“ sprach. Seinen Vortrag werden wir in der nächsten Nummer bringen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Nachener Tuchindustrie im Jahre 1912.
Wir entnehmen diesen Auszug dem letzten Bericht der Nachener Handelskammer, ohne uns jedoch mit allen darin ausgesprochenen Ansichten einverstanden zu erklären. Auf den im vorigen Jahresberichte geschilderten Tiefstand der Beschäftigung in den meisten deutschen Tuchfabrikationsplätzen ist für die Nachener Tuchindustrie eine erhebliche Besserung im Jahre 1912 gefolgt. Die Ursache hierfür liegt wohl in der Hauptsache darin, daß die Forderung auf eine für die hiesige Tuchfabrikation günstigere Moderechnung glücklicherweise in Erfüllung gegangen ist. Der seit mehreren Jahren die Herrenmode fast ausschließlich beherrschende englische Cheviotartikel ist namentlich in der letzten Hälfte des Berichtsjahres, beinahe gänzlich durch die Kammmode zurückgedrängt worden. Die Beschäftigung der Nachener Tuchfabriken, die bekanntlich Kammmode in vorzüglicher und gelegener Ware herstellen, war deshalb befriedigender als im Vorjahre. Namentlich bessere Stapelware wurde von der Mode sehr begünstigt und konnte auch durch das endlich eingeführte Doppelstufsystem vorteilhaft hergestellt werden. Der Ausfall in glatten Damentuchen konnte durch die Schaffung neuer Modeartikel, die von einigen hiesigen Betrieben mit großem Erfolg auf den Markt gebracht wurden, mehr als ausgeglichen werden, so daß auch diese Fabriken das ganze Jahr hindurch vollauf beschäftigt waren. Da diese Neuheiten von ausländischen Fabriken kaum hergestellt wurden, war es sogar trotz der ungünstigen Zollverhältnisse möglich, einen die Vorjahre bedeutend übersteigenden Absatz im Auslande zu erzielen. Im allgemeinen war die Ausfuhr nach anderen Ländern sehr unregelmäßig; der Balkankrieg namentlich schädigte das Geschäft.

Hauptabnehmer für die hiesigen Stoffe blieb im allgemeinen das Inland, da die hohen Zölle in den meisten anderen Ländern und die Erstarung der dortigen Fabrikation, welche nicht mit unseren hohen sozialen Lasten zu rechnen hat, die Ausfuhr immer schwieriger gestalten. Nur das Geschäft nach den nordischen Ländern und nach Südamerika blieb ziemlich normal. Nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika konnte es sich nicht viel leichter als im Vorjahre entwickeln, da allgemein eine gewisse Unsicherheit darüber besteht, in welchem Umfange der dort in Aussicht genommene neue Zolltarif und die wahrscheinlich eintretende Zollfreiheit für Rohwolle das Geschäft beeinflussen werden. Die Ausfuhrziffer des Konsularbezirks Nachen lag daher auch nur auf 327 716 Dollars gegen 280 826 Dollars im Vorjahre, während sie noch im Jahre 1909 880 847,05 Dollars betragen hatte.

Mit der guten Beschäftigung der Betriebe stand leider der erzielte Gewinn nicht im Einklang. Es lag dies in erster Linie mit daran, daß es nicht möglich war, gegenüber der anhaltenden und bedeutenden Preissteigerung von Wolle und Garn sowie einzelner Hilfsstoffe eine auch nur annähernd ausreichende Besserung der Verkaufspreise zu erzielen. Hierzu traten hohe Arbeitslöhne (? d. R. d. L.-Z.) und die erheblichen Lasten der sozialen Gesetzgebung (? d. R. d. L.-Z.) die im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu begründen ist, aber dazu beiträgt, die ohnehin geringe Rentabilität der Betriebe noch zu schmälern (? d. R. d. L.-Z.).

Als ein erfreuliches Ereignis des Berichtsjahres ist die am 23. Oktober 1912 abgeschlossene Tuchkonvention zu erwähnen. In den langjährigen Vorarbeiten waren die von allen Interessenten beklagten Uebelstände im Tuchgeschäft, Unsicherheit in den Verkaufs- und Lieferungsbedingungen, ungebührlich langes Ziel und ungerechtfertigte Abgabe von zahllosen Gratismustern, immer wieder zu Tage getreten, und so ist es denn in diesem Jahre endlich gelungen, eine allseitige Einigung in der Konvention herbeizuführen, die zur Gesundung der deutschen Tuchindustrie beitragen und einen geregelteren Geschäftsgang ermöglichen wird. Wie bei jeder einschneidenden Neuerung konnte es auch hier nicht ausbleiben, daß in der Uebergangszeit Abschlüsse verzögert oder erschwert wurden und die Rundschaft nur sehr allmählich ihren Widerstand gegen die neuen Maßnahmen und die erforderlichen Preise aufgeben wollte. Sind aber erst diese Anfangsschwierigkeiten überwunden, dann werden die Segnungen geordneter Zustände allen Beteiligten zugute kommen.

Die Arbeiterzahl betrug 12 630 in 124 Betrieben (gegen 12 055 in 136 Betrieben im Vorjahre). Die Sektion Nachen der rheinisch-westfälischen Textilberufsgenossenschaft umfaßte 24 086 Arbeiter in 299 Betrieben (gegen 23 348 Arbeiter im Vorjahre). Die Lohnsumme betrug 21 514 260 Mark (gegen 21 251 963 Mark im Vorjahre).

Das Angebot von Arbeitskräften genügte fast immer der Nachfrage, nur gegen Jahreschluß trat in einzelnen Betrieben ein Mangel an Weibern ein. Der in der Tuchindustrie so oft einsetzende Wechsel der Konjunktur hat viele Arbeiter veranlaßt, sich anderen, stetigeren Arbeitsgelegenheiten zuzuwenden, sobald bei einer weiteren Besserung des Geschäftsganges in den Fabriken leicht Arbeitermangel eintreten dürfte, falls dem nicht bei Zeiten durch Umlernung von jungen Arbeitskräften vorgebeugt wird. Eine Hebung der Konjunktur ist freilich, wenigstens zunächst, für die Nachener Tuchindustrie kaum zu erwarten, da die Rohstoffe noch fortwährend steigen und sich mit den erreichbaren Preisen des Fabrikats nicht in Einklang bringen lassen.

Die von der Reichspost neu eingeführten Vriestelegramme sind schnell beliebt geworden, nur erweist es sich als wünschenswert, daß sie auch während des Tages von der Post angenommen werden, selbstverständlich ohne Veränderung in der Art der Beförderung und Zustellung. Die erfreuliche Ausdehnung des Postfachverkehrs wird immer noch gehemmt durch die mangelhafte Verbindung des Postfachverkehrs mit dem Reichsbankgironverkehr, da für alle Orte, die eine Reichsbankhauptstelle nicht besitzen, die Ueberweisung viel zu zeitaufwendig ist.

Die gegen Ende des Jahres eingetretenen Eisenbahnverkehrsstörungen haben zu vielen Klagen seitens der Abnehmer über verspätetes Eintreffen der Güter geführt. Siner Wiederkehr derartiger Verkehrsstörungen muß unter allen Umständen entgegengearbeitet werden.

Aus dem St. Amarat. Gewerbegerichtswahlen. Laut Gesetzesverordnung tritt ab 1. Januar 1914 das Reichsgewerbegerichtsgesetz für die Gewerbegebiete an Stelle des bisher geltenden Landesgesetzes in Kraft. Hierdurch ist die Einführung von Gewerbegerichten bzw. die Ausdehnung für deren Geltungsgebrauch besser ermöglicht. Den langjährigen Bemühungen und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften in dieser Frage ist hiermit Rechnung getragen worden.

Wie man nun durch verschiedene Notizen in der Tagespresse erfahren konnte, hat das Gewerbegericht Thann an die Behörden der umliegenden Ortsgemeinden eine Rundfrage gerichtet, durch welche diesen Gemeinden eine Rundfrage gerichtet, durch welche dieses Gewerbegericht nahegelegt wurde. Trotzdem diese Anfrage wiederholt erging, hat bis jetzt, wie es scheint, noch keine dieser Gemeindebehörden zu dieser Frage Stellung

genommen. Und doch erfordert das Interesse der Arbeiter naturnotwendig wenigstens für alle jene Orte den Geltungs-

Besonders gilt das für die Orte hinter Thann der Thür entlang, wo sich Fabrikbetrieb und Fabrikbetrieb abspielt. Nun hat die im christlichen Textilarbeiterverband organi-

Warmen. Auf eine wirklich anregende Mit- gliederversammlung kann die Ortsgruppe Warmen zurückblicken. Zu einem Familienabend ausgehend, hatte sich diese Veranstaltung eines regen Besuches zu erfreuen.

Nach dieser Einleitung tönten harmonische Klänge eines Jütherchors durch den Saal, denen sich ein vorzüglich vor- getragenes Lied eines Männerquartetts anschloß. Kollege Fahrbrach verstand es, insbesondere die anwesenden Frauen für seine Ausführungen zu interessieren.

Das Thema: „Die bevorstehenden Krankenkassenwahlen“ brachte den Kollegen Wankenagel in Tätigkeit. Die kurz gehaltenen Ausführungen endeten mit dem Appell an die Anwesenden, mit Entschiedenheit und befruchtender Tätigkeit

Jahr. Ueber die hiesige mechanische Bunt- webererei Kiefer, Schaab u. Scholder wurde der Konkurs verhängt. Die Firma hatte seit Jahren schleppenden Geschäftsgang und ist fast verbankrott. In ihren früheren guten Zeiten beschäftigte die Firma 120-130 Arbeiter, jetzt bei der Stilllegung dürften es noch gegen 80 gewesen sein.

Langenbielan. Großfeuer in den Dierigischen Textilwerken. Eine große Feuerbrunst wütete in den Dierigischen Textilwerken in Ober-Langenbielan, dem bedeutendsten Textil-Etablissement Schlesiens.

Das Feuer entzündete gegen 4 Uhr in einem nach dem Bahnhofs-Ober-Langenbielan zu und dicht an diesem gelegenen Flügel. Es ist anzunehmen, daß es infolge Selbstentzündung in der Buntwaren-Appretur oder in einem darüber befindlichen Warenlager ausbrach.

Auch diese war sehr gefährdet. Inzwischen flüchteten in dem brennenden Fabrikteil die Stockwerke mit tosendem Krachen ineinander, alle Maschinen zertrübert.

Die Buntwaren-Appretur brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder; außer den Maschinen wurde ein großes Warenlager vernichtet. Der Schaden wird auf 800 000 Ml. geschätzt.

Lambrecht. Wie allüberall, so ist auch hier die christlich-nationale Arbeiterschaft eifrig an der Arbeit, die Neuwahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen vorzubereiten. Von den hierorts bestehenden Betriebskrankenkassen

Laut Bekanntmachung findet die Neuwahl des Ausschusses am Sonntag, den 5. Oktober, statt. Für die Textilarbeiter-Schaft, die gemäß der Verordnung in Berufsgruppe 1 wählt, ist die Wahl in Lambrecht im hiesigen Schulhaus, Zimmer Nr. 2, von 1-4 Uhr nachmittags festgesetzt worden.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Uebersieische Auswanderung aus europäischen Ländern. Eine sehr interessante Statistik über die überseeische Auswanderung aus europäischen Ländern, finden wir im Volkswirtschaftlich-Statistischen Taschenbuch 1913 von Dr. Hugo Bonikowsky.

Table with 3 columns: Herkunftsland, Zahl der Auswanderer, Auf 10000 Einwohner kommen Auswanderer. Lists countries like Deutsches Reich, Oesterreich, Ungarn, Finnland, etc.

Deutschland hat also mit 3,5 die geringste Auswanderungsziffer auf 10000 Einwohner aufzuweisen. Dann folgen die Niederlande mit 5,4 und dann erst in weitem Abstände die Schweiz mit 13,8 und in noch weiteren Abstände die übrigen Staaten.

Demnach scheint Deutschland doch nicht ein derart unterentwickeltes Land zu sein wie es von der Sozialdemokratie immer behauptet wird. Dies fällt uns noch mehr auf, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß z. B. von 8593125 Arbeitern, die nach dem Stande vom 12. Juni 1907 in der Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe beschäftigt waren, nicht weniger als 440800 oder 5,13 auf 100 Arbeiter Ausländer waren.

Wir sind gewiß die letzten, die Deutschland als das gelobte Land hinstellen möchten. Es gibt noch sehr vieles zu verbessern. Aber es hat sich im Laufe der Jahre, nicht zum wenigsten durch die erprobte Tätigkeit der Gewerkschaften, doch manches schon gebessert, so daß die Auswanderungsziffer Deutschlands immer mehr und mehr zum wenigsten zum Stande von 1873 herab sinkt.

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Auswanderer, Jahr, Zahl der Auswanderer. Shows a downward trend from 1873 to 1912.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen, wie übertrieben die sozialdemokratische Agitation mit der Verelendung der Massen ist. Die deutschen Arbeiter verspüren, weil sie in der gewerkschaftlichen Organisation ein Mittel in der Hand haben, ihre Lage zu verbessern, immer weniger Lust, in nebelige Fernen zu schweifen.

Versammlungskalender.

- Muenbach. 18. September, 8 Uhr, im „Schützen“.
Cottbus. 18. September, im evangelischen Vereinshaus.
Delmenhorst. 5. Oktober, 6 Uhr, bei Determann, zehnjähriges Stiftungsfest.
Gumbdett. 14. September, 11 1/4 Uhr, bei W. Baumann.
Forst (Lausitz). 23. September, 8 1/4 Uhr, bei Graßmann.
Güterlosh. 6. September, 8 1/2 Uhr, bei Bülling.
Langensteinbach. 18. September, 8 Uhr, im Lokale, „Grüner Baum“, Generalversammlung.
Ludenwalde. 14. September, 4 Uhr, bei Münch, Barutherstraße 30.
Neerfen. 18. September, 9 Uhr, bei Franz Köppen, Generalversammlung.
Spielberg. 14. September, 2 1/2 Uhr.
Warcendorf. 14. September, 6 Uhr, bei Paul Buller.

XII. Agitationsbezirk Baden.

Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 28. September, vormittags 10 Uhr, im „Klarahof“, Hammerstraße 56, in Basel statt. Die Ortsgruppen wollen ihre Delegierten wählen (§ 40 des Statuts). Näheres erfolgt durch Rundschreiben. Mit kollegialem Gruß! Ernst Kümmele, Bezirksleiter.

XIII. Agitationsbezirk Elsaß.

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 21. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Beeffel“ in Colmar statt. Die Ortsgruppen wollen ihre Delegierten wählen (§ 40 des Statuts). Näheres erfolgt durch Rundschreiben. Mit kollegialem Gruß! J. A.: Ernst Kümmele.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Matthias Hoppenkamps in Neuwerk. Ludwig Ulmer in Bühl. Bernhard v. d. Beck in Bocholt. August Ketels in Lobberich. Leo Paulers in Aachen. Aloys Kolnen in Aachen. Wilhelmine Schnepf in Ettlingen. Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

„Rote Streiktaktik.“ So lautet ein Broschürchen, das von unserm Verbands herausgegeben wird. Das Broschürchen freist kurz die von unserm Verband geführten größeren Bewegungen und behandelt dann eingehend die im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband übliche unsinnige und gewissenlose Streiktaktik und deren Erfolge resp. Misserfolge. Der zweite Teil befaßt sich mit der Krefelder Färbereibewegung; deren Verlauf wie auch die Haltung unserer Verbandsleitung werden ausführlich dargestellt. Das Broschürchen gibt unsern Mitgliedern und allen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen und Kolleginnen ein ausgezeichnetes Material gegenüber den gegnerischen Angriffen in die Hand. Die erste Auflage der Broschüre ist bereits vergriffen. Eine zweite befindet sich schon im Druck. In dieser wird auch das blamable Ende der Färbereibewegung im Wuppertal, in Basel, Zürich und Krefeld dargestellt. Diese erweiterte Neuauflage bedingt eine kleine Preiserhöhung. Das Broschürchen ist statt wie bisher zu 5 Pfg. in Zukunft zu 10 Pfg. pro Stück von unserer Zentrale zu beziehen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Hyänen des Schlachtfeldes! — Von der englischen Textilarbeiterbewegung. — Die Mitarbeit der Arbeiterinnen in den Krankenkassenorganen. — Arbeitgeberverbände. — Die sozial-studentischen Unterrichtskurse. — Feuilleton: Der Arbeiter. — Erholung. — Allgemeine Rundschau: „Der Friede von Mex.“ — Tabalarbeiterverbandstag. — Gefahren der Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. — Der Verband christl. Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe. — Fünf Jahre gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation. — An die christlich-nationalen Vorstands- und Ausschussmitglieder der Krankenkassen. — Erste Mahnung. — Die politische Neutralität der „freien“ Gewerkschaften. — Sozialdemokratische Bildungsarbeit. — Terrorismus — Konsumvereine neutralität. — Aus unserer Industrie: Konjunktur und Arbeitsmarkt, mit besonderer Berücksichtigung unserer Textilindustrie. — Der Seidenbau in Deutschland. — Aus dem Verbandsgebiete: Bekanntmachung der Zentralkasse! — Aus unseren Bezirken: Christlich-nationaler Arbeitertag für den Aachener Industrie-Bezirk. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Aus dem St. Amarintal. — Warmen. — Langenbielan. — Lambrecht. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Uebersieische Auswanderung aus europäischen Ländern. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel — Literarisches.